

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

1. Quartal 1992, 22. Jg., Nr. 1, Einzelheft DM 3,-

wwb

was uns betrifft

Thema:

Brennpunkt GUS:

Gewaltfrei

Und

Solidarisch?

Report:

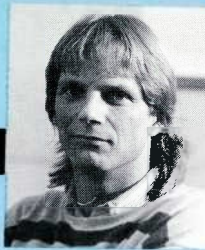
**Der Krieg
in Jugoslawien**



INTERN

Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 10.02.92



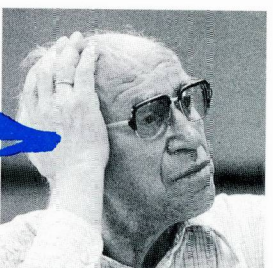
Krieg in Jugoslawien, Massenmord direkt vor unserer Haustür – und in Deutschland 'business as usual'? „Warum gibt es keine Demos? Warum weder Holzkreuze noch Kerzen für die Opfer? Warum noch nicht einmal weiße Tücher aus den Fenstern? Wo bleibt sie denn, die Friedensbewegung?“

Fragen dieser Art werden in den letzten Wochen sehr häufig gestellt, nicht nur in den Kommentaren der Medien. Als einer, der sich mit angefragt fühlt, würde ich mir gerne ein paar Gegenfragen erlauben. Zum ersten: Welche Vorstellungen von der Friedensbewegung stecken eigentlich hinter solcher Kritik? Klingen da nicht Phantasien von einem stehenden „PazifistInnen-Heer“ durch, das auf Kommando funktioniert? Oder Bilder von bestens bezahlten „Friedens-SöldnerInnen“, die mit ihren „Schnellen-Einkett-Truppen“ mal eben eine Menschenkette um die verfeindeten Parteien legen könnten? Was ist denn die Friedensbewegung anderes, als eine soziale Bewegung, ein jeweils wechselnder, bunter und freier Zusammenschluß von Menschen, die ihre Betroffenheit verbindet? Aber auch betroffene und mitleidende Menschen sind zu massenhaften Aktionen nur dann bereit, wenn sie in solchem Vorgehen einen Sinn sehen. Und damit zum zweiten: Wo gegen sollten die Massen in Deutschland auf die Straßen gehen? Bislang hat sich die Bundesregierung zusammen mit den anderen Staaten Europas für eine nicht-militärische Schlichtung eingesetzt und keinen Anlaß für groß angelegten Protest gegeben. Es wurden für diesen Krieg von Deutschland aus keine Kommandos erteilt, keine Waffen oder Soldaten verschickt und keine Steuern erhöht. Der Krieg in Jugoslawien ist mit dem Golfkrieg nicht vergleichbar und es müssen dementsprechend auch andere Formen des Protestes gefunden werden. Zum dritten also: Wieso darf behauptet werden, die Friedensbewegung sei in puncto Jugoslawienkrieg nicht aktiv? Nur weil sich die Aktionen gegen den Golfkrieg nicht einfach wiederholen? Schon im Sommer '91 reisten z. B. Mitglieder des Bundes für Soziale Verteidigung nach Jugoslawien und führten dort Trainings in gewaltfreier Aktion durch. Rund 350 KriegsgegnerInnen aus verschiedenen KSZE-Ländern, darunter auch Deutsche, beteiligten sich an der sog. Friedenskarawane durch alle jugoslawischen Republiken und knüpften wichtige Kontakte zu den dortigen Friedensgruppen. In Deutschland wurden und werden Podiumsdiskussionen und „Runde Tische“ mit Serben und Kroaten organisiert, es werden Mahnwachen, kleinere Kundgebungen, Trauermärsche, Gottesdienste oder auch Spenden- und Medikamentensammlungen durchgeführt und auf breiter Ebene – aber eben wenig auffällig – versuchen Menschen den Flüchtlingen und Deserteuren dieses Krieges zu helfen. Bliebe zum Schluß die Frage: Wer sind eigentlich die Leute, denen all diese bislang angestregten Aktivitäten der Friedensbewegung nicht ausreichen? Dort jedenfalls, wo es dieselben sind, die noch vor Jahresfrist die Aktionen der Friedensbewegung als „antiamerikanisch“, „antisemitisch“ oder als „irgendwie gefühlsduselig“ verunglimpfen, dieselben, die – eben weil es in allen Städten Demos gab – den LehrerInnen etwa vorwarfen, sie würden die Minderjährigen zu pazifistischen Umtrieben verführen..., da wäre die Kritik damals wie jetzt ganz einfach heuchlerisch.

Herzlich Ever

INHALT

IM BLICKPUNKT	3
Der Krieg in Jugoslawien	
Jugoslawische Deserteure in Deutschland	5
PREISRÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
BLUMENINDUSTRIE	9
IN DER DRITTEN WELT	
KONTROVERS	10
Jugend von heute: Tendenz zum Individualismus/Egoismus	
RECHT	12
Wer haftet bei Schänden im Zivildienst?	
wub-THEMA: BRENNPUNKT GUS	13
Friedensbewegung in stürmischen Zeiten	14
„Zukunftsdiensnt“ – Der erste „Zivi“ in Moskau	16
Der Putsch in der Sowjetunion aus der Sicht des zivilen Widerstandes	18
„Zivis für Moskau“ – ZDL starten eine Spendenaktion	20
wub-GRAFFITI-SATIRE	21
UNTERWEGS	22
Indien – Gewaltfreier Kampf gegen Großstaudämme	
PORTRAIT	24
Martin Niemöller, Protestant	
BUCHTIPS	25
INFO	26
EINSICHTEN	28
Von Helmut Gollwitzer	
BRIEFE	29
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32

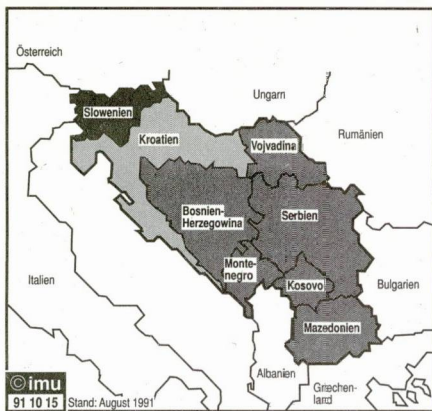


Titel: 19.8.91: MoskauerInnen versuchen Panzersoldaten davon zu überzeugen, nicht gegen die Bevölkerung vorzugehen. Foto: dpa

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Ab.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Gerd Fieß, Stuttgart; Günter Knebel, Bremer; Holger Giffhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet Dfl. 10.-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Satz und Druck: Windrueter, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (07 11 81) 6 10 76 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 40 000 / ISSN 0936-6520



Der Bürgerkrieg in Jugoslawien

Ursachen und Hintergründe

Zusammengefaßt von Peter Billing*

Ungläubig verfolgte die Weltöffentlichkeit monatelang die Auseinandersetzungen in Jugoslawien. Wie konnte es so weit kommen, daß auf europäischem Boden ein solcher Krieg wieder möglich wurde? Eine einfache Antwort auf diese Frage gibt es wie so oft nicht. Nur das komplexe Zusammenspiel einer Reihe von historischen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren kann eine Erklärung liefern.



Fotos aus Jugoslawien, die an Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg erinnern. Hier eine Szene aus Vukovar, aufgenommen am 19.11.91, nach der fast dreimonatigen Schlacht um die ost-kroatische Stadt.

Foto: dpa

Ein kurzer Exkurs in die Geschichte Jugoslawiens verdeutlicht, daß die Fronten der heutigen Auseinandersetzung zwar in der Geschichte bereits vorgeformt wurden, doch erst ein Zusammenspiel von inneren und äußeren Faktoren, gepaart mit politischen Versagen führte schließlich zu jenem explosiven Gemisch, das sich seit Mitte 1991 in einem gewaltsamen Bürgerkrieg entlud.

Quer durch das heutige Jugoslawien verlief jahrhundertlang eine kulturelle, ethnische, religiöse und wirtschaftliche Trennungslinie. Während Kroaten und Slowenen unter der Herrschaft der Habsburger eine föderalistische Tradition entwickeln und die Industrialisierung relativ früh Fuß fassen konnte, stand der südliche Teil Jugoslawiens bis zum 1. Weltkrieg unter dem Einfluß des Osmanischen Reiches mit seiner zentralistischen Verwaltungsstruktur und vorindustriellen Wirtschaftsweise. Hinzu kommen religiöse Unterschiede. Kroaten und Slowenen sind überwiegend katholisch, während die Serben der christlich-orthodoxen Glaubensrichtung angehören. Vor allem in Bosnien-Herzegowina lebt ein zahlenmäßig starker muslimischer Bevölkerungsteil. Mit Ausnahme Sloweniens beherbergen alle jugoslawischen Teilrepubliken einen hohen Anteil nationaler Minderheiten auf ihrem Territorium, so daß alle Versuche, eine Staatenbildung ausschließlich auf den Kriterien der nationalen Zugehörigkeit vorzunehmen, zu Problemen führen mußten.



26.6.1914: Das Attentat von Sarajevo, der Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina, bei dem das österreichische Thronfolgerpaar ermordet wurde, ging als Auslöser für den Ersten Weltkrieg in die Geschichtsbücher ein.

Foto: dpa

„Ustascha“ und „Tschetniks“

Als einzige Teilrepublik des heutigen Jugoslawien existierte Serbien bereits vor dem 1. Weltkrieg als eigenständiger Staat. Konkurrierende machtpolitische Ansprüche zwischen Serbien und Österreich-Ungarn auf dem Balkan entlu-

den sich 1914 zum 1. Weltkrieg, in dem Serbien 1915 von dem mit Deutschland verbündeten Österreich-Ungarn besetzt wurde und sich erst 1918 mit Hilfe Frankreichs und Englands wieder befreien konnte.

Als Folge des Weltkrieges wurde aus Teilen des zerfallenen Osmanischen und Habsburgi-

schen Reiches 1918 der erste jugoslawische Staat gebildet. Bereits in diesem bis 1941 existierenden „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen extremistischen Gruppierungen auf beiden Seiten. Die im Grunde nur von wenigen Aktiven getragenen Auseinandersetzungen zwischen föderalistischen Kroaten und zentralistischen, die Vormacht im neuen Staaten anstrebenden Serben gipfelten 1934 in der Ermordung des Königs. Erst im Angesicht des auf Jugoslawien übergreifenden drohenden 2. Weltkrieges einigten sich die Parteien auf einen Kompromiß im Nationalitätenstreit, der jedoch nicht zum Tragen kam, da Jugoslawien wenig später von deutschen und italienischen Truppen besetzt wurde. Der faschistoide kroatische Ustascha-Führer Ante Pavelic errichtete mit Duldung Hitlers und Mussolinis eine Gewaltherrschaft, der etwa 200000 Serben zum Opfer fielen. In geringerem Ausmaß wurden auch auf serbischer Seite von fanatisierten Anhängern des Königs („Tschetniks“) Gewalttaten an Kroaten und Moslems verübt.

Josip Broz Tito

Mit Unterstützung der Alliierten gelang es dem Anführer der Kommunistischen Partei, Josip Broz Tito, die Deutschen und Italiener aus Jugoslawien zu verdrängen und den Bürgerkrieg zu beenden. Tito genoß breite Unterstützung in der Bevölkerung aller Nationalitäten, da er ihnen ein Ende der blutigen Auseinandersetzungen und einen Staat versprach, in dem alle Nationalitäten gleichberechtigt sein sollten.

Innenpolitisch wurde Jugoslawien bis 1980 durch die alles überragende Integrationsfigur Tito zusammengehalten. Jugoslawien wurde formal eine föderative Republik, die Fäden der Macht aber liefen bei Tito zusammen. Er scheute sich nicht, innenpolitische Gegner und zuweilen aufflammende nationalistische Gegensätze mit stalinistischen Methoden zu unterdrücken. Basis seiner Macht waren Geheimdienst und Armee.

Gleichzeitig schaffte er es, durch eine anfänglich erfolgreiche Politik der Industrialisierung dem Land einen bescheidenen Wohlstand zu sichern.

Außenpolitisch verfolgte Jugoslawien nach dem Bruch mit Stalin, dessen Vormachtsanspruch sich Tito nicht unterordnen wollte, eine Politik der Blockfreiheit zwischen Ost und West. Die äußere Bedrohung durch die Sowjetunion diente dabei als ideologische Klammer, die das heterogene Staatswesen zusammenhalten und gleichzeitig die privilegierte Stellung der Jugoslawischen Volksarmee legitimieren sollte. Mit dem Zerfall der Sowjetunion fiel diese Klammer weg.

Vom Westen wurde Jugoslawien als Bollwerk gegen den Bolschewismus betrachtet, das die Sowjets daran hinderte, ihren Einfluß bis ans Mittelmeer auszudehnen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlor Jugoslawien diese für den Westen wichtige Funktion. Folgerichtig ließ das westliche Interesse an Jugoslawien merklich nach.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes

Auch die großzügigen Kredite an Jugoslawien flossen nun spärlicher. Der internationale Währungsfonds machte weitere Unterstützung von der wirtschaftlichen Konsolidierung Jugoslawiens abhängig. Es rächte sich nun, daß die Staatsführung die Auslandskredite vornehm-



Bis an die Zähne bewaffnet: Zwei serbische Kämpfer in der Nähe von Osijek. Foto: dpa

lich zur Ankurbelung des Konsums verwendet hatte, statt sie in die Modernisierung der Volkswirtschaft zu investieren. Folge war ein beschleunigter wirtschaftlicher Niedergang Jugoslawiens. Dreistellige Inflationsraten und Massenstreiks drohten seit Mitte der 80er Jahre zu einer Gefahr für die kommunistische Partei zu werden, die für die Lage verantwortlich war. Innerhalb der Partei verstärkten sich die Gegensätze über den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs. Vor allem die wirtschaftlich stärkeren Republiken des Nordens forderten eine Öffnung zur Marktwirtschaft und eine allgemeine politische Liberalisierung. Sie waren immer weniger bereit, die wirtschaftlich schwachen südlichen Teilrepubliken zu unterstützen und sich dem Diktat der von Serben dominierten Belgrader Zentrale zu beugen. Die Serben hingegen hielten am alten Kurs fest. Sie hatten sich als größte Teilrepublik schon unter Tito unterrepräsentiert und benachteiligt gefühlt. Tito hatte in seiner Verfassungsnovelle von 1974 den von Serbien reklamierten Gebieten Voivodina und Kosovo eine Teilautonomie gewährt und ihnen Sitz und Stimme im Staatspräsidium eingeräumt. Als albanische Studenten 1988 gegen die Maßnahmen der Regierung protestierten, nutzte der serbische Präsident Milosevic die Gunst der Stunde, um die unbequeme Republik politisch auszuschalten. Parlament und Regierung Kosovos wurden mit Polizeigewalt aufgelöst und durch pro-serbische Politiker ersetzt. Auch die Voivodina wurde gleichgeschaltet.

Die serbische Politik gegenüber Kosovo weckte in Slowenien und Kroatien die Furcht vor einer Übermacht Serbiens und verstärkte damit die latent vorhandenen Abspaltungstendenzen. Überwiegend mit nationalistischen Untertönen gefärbte Wahlkämpfe des Jahres 1990 vertieften die Kluft. Es wurden zwar neue Parteien gegründet, doch die Köpfe waren weitgehend die alten geblieben. Ihnen gelang es, die Bevölkerung zu überzeugen, daß nicht sie, die jahrzehntelang als kommunistischer Kader Verantwortung getragen hatten, sondern die jeweils andere Nationalitätengruppe an der Missetat schuld sei.

Der Beginn des Bürgerkrieges

Da sich Serbien gegen alle Reformbemühungen sperrte, sahen Kroaten und Slowenen nur noch den Ausweg eines Austritts aus der Föderation. Während dieser Schritt für das bevölkerungsmäßig weitgehend einheitliche Slowenien nur vergleichsweise geringe, auf wirtschaftliche (z. B. Aufteilung der Zolleinnahmen) Fragen beschränkte Probleme aufwerfen sollte, mußte eine Abspaltung Kroatiens schwerwiegende Konflikte mit der serbischen Minderheit in Kroatien (11,6 % der Bev.) heraufbeschwören. Eine Reihe von Maßnahmen der neuen kroatischen Regierung beschränkte die Rechte der serbischen Minderheit. Diese reagierte mit der Ausrufung autonomer Serbengebiete und dem Wunsch nach Vereinigung mit Serbien. Schützenhilfe bekamen die kroatischen Serben dabei von Milosevic, der sich eine Stärkung der eigenen Macht versprach, wenn er die von Serben bewohnten Gebiete anderer Teilrepubliken einverleiben konnte. Radikale serbische Kräfte fohierten sich daher zum gewaltsamen Widerstand gegen Kroatien. Erste Zusammenstöße mit der kroatischen Polizei ereigneten sich an Ostern 1991 um Plitvice. Die Auseinandersetzungen eskalierten, als die mehrheitlich aus Serben zusammengesetzte Jugoslawische Volksarmee auf Seiten der Serben in die Kämpfe eingriff. Hauptmotivation der Armee war, daß sie mit dem Zerfall des jugoslawischen Staates auch ihre bis dahin privilegierte Stellung verlöre. Während die Kämpfe in Slowenien nicht zuletzt durch das Eingreifen der EG als Vermittler rasch beendet wurden, eskalierte der Konflikt in Kroatien zu einem Bürgerkrieg, in dem aufgestauter Haß und alte Rechnungen beglichen wurden. Mittlerweile macht sich in Serbien Kriegsmüdigkeit breit. Immer mehr junge Serben weigern sich, ihr Leben für uneinsichtige Politiker, Militärs und fanatische Extremisten einzusetzen. Trotz Demonstrationsverbot bekommt die Friedensbewegung in Belgrad Zulauf. (siehe auch S. 5-6)

Aussicht auf Frieden?

Eine Lösung des kroatisch-serbischen Konfliktes wird vermutlich darauf hinauslaufen, daß Kroatien seine staatliche Unabhängigkeit erlangt und im Gegenzug auf die Kontrolle der mehrheitlich von Serben bewohnten Teile seines Gebiets ganz oder teilweise verzichten muß. Der UN-Friedensplan sieht die Schaffung entmilitarisierter Schutzzonen für die serbischen Minderheiten in Kroatien vor. Serbien wird zusammen mit Montenegro versuchen, ein Restjugoslawien zu erhalten. Ungeklärt ist nach wie vor das Schicksal der Republiken Makedonien und Bosnien-Herzegowina. Vor allem in Bosnien-Herzegowina (30 % Kroaten, 20 % Serben, 40 % Moslems) drohen neue gewaltsame Konflikte, nachdem sich serbische Bevölkerungsteile jüngst von der Republik losgesagt haben. Dieser Entwicklung sucht der UN-Friedensplan mit der Stationierung von Beobachtern an strategisch wichtigen Punkten in Bosnien zuvorzukommen. ■

Zum Autor:
Dr. Peter Billing ist Vorsitzender des „Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung e.V.“. Seit Okt. 1991 arbeitet er als wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.

Keine Särge, nur noch Plastiktücher für die Toten. Tausende von Opfern hat allein die Schlacht um Vukovar (Foto) gefordert.



Deserteure aus Jugoslawien in der Bundesrepublik



Eine riesige Demonstration von rund 50 000 Soldatenmüttern und -ehewfrauen gegen den Krieg, am 30.8.91 in Zagreb. „Wir gaben unsere Söhne für Liebe, nicht für Haß und Krieg“ heißt es auf dem Transparent.

Von Franz Nadler*

Sechshundvierzig Kriege fanden weltweit im Jahr 1991 statt, der Krieg in Jugoslawien ist einer davon. Und Kriege sind die Hauptursache der Flüchtlingsbewegungen: 17 Millionen Menschen waren 1991 auf der Flucht und etwa genauso viele galten als Vertriebene innerhalb ihrer Heimatländer. Im Januar '92 gab das Internationale Komitee des Roten Kreuzes die Zahl von mehr als 530 000 Menschen bekannt, die in Jugoslawien aufgrund des Krieges ihren Wohnort verlassen mußten. Man schätzt, daß mittlerweile weit über 100 000 aus dem Land geflohen sind. Wieviele davon in der Bundesrepublik ankamen, ist nicht bekannt, denn nur ein Bruchteil der Geflohenen hat hier Asyl beantragt. Von 1990 auf 1991 hat sich die Anzahl der Asylanträge von Jugoslawen/innen verdreifacht und ist von 22 114 auf 74 854 gestiegen, was beinahe den Anteil von einem Drittel aller 1991 eingereichten Asylanträge ausmacht.

Unter den Flüchtlingen befinden sich Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Es ist anzunehmen, daß fast alle geflohenen Männer im wehrpflichtigen Alter (d. h. von 17–60) dazu zu rechnen sind. Alle im jugoslawischen Krieg beteiligten Parteien mußten von Anbeginn des Krieges mittels der Wehrpflicht zwangsweise Soldaten rekrutieren. Für die jugoslawische Nationalarmee wurden schon im Herbst letzten Jahres gezielt Oppositionelle, darunter Kriegsgegner, Albaner, Romas und Sintis als „Kanonenfutter“ an die Front geschickt.

Das in der neuen Verfassung Kroatiens verankerte KDV-Recht wurde „für die Zeit des Krieges“ ausgesetzt.

Drastische Strafen für KDV

In Jugoslawien gab es für KDVer nie legale Möglichkeiten, die Gesetze sehen für KDV drakonische Strafen vor. Wer einen Befehl verweigert, kann mit bis zu fünf Jahren Gefängnis ver-



Vater und Sohn auf der Flucht. Zwei von Hunderttausenden von Flüchtlingen, die sich und ihre wenigen Habeleistungen vor dem Bürgerkrieg in Sicherheit bringen wollen.

Fotos: dpa

urteilt werden; wer sich weigert, eine Waffe in die Hand zu nehmen, muß mit bis zu 10 Jahren Gefängnis rechnen. Eine Geldstrafe in unbestimmter Höhe oder Haft bis zu einem Jahr ist für jene vorgesehen, die den Einberufungsbeefehl nicht befolgen. Sollten sie sich deswegen verstecken, werden sie mit 5 Jahren bedroht, auf die Flucht ins Ausland stehen bis zu 10 Jahre Gefängnis. (Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Wehrstrafgesetze der Bundesrepublik für diese Taten ebenfalls bis zu 10-jährigen Haftstrafen, etwa wegen „Schwerer Meuterei“ vorsehen.) Im Kriege können in Jugoslawien alle „Täter“, die die erwähnten Straftaten begangen haben, nach den Gesetzen ausnahmslos hingerichtet werden.

Sicherlich Abertausende haben deswegen Jugoslawien verlassen. Einige davon haben in der BRD um Asyl nachgesucht. 1977 stellte der Bundesgerichtshof in einer durchaus nicht dem

allgemeinen Trend entsprechenden Entscheidung fest, daß bei jugoslawischen KDVer „die Auslieferung unzulässig ist, wenn sie dazu führen würde, daß der Auszuliefernde gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst gezwungen wird.“

Aus dem Auslieferungsverbot für KDVer an Jugoslawien ergibt sich nun aber keineswegs ein Recht auf Asyl. Keinem KDVer oder Deserteur aus Jugoslawien oder aus einem anderen Krisen- oder Kriegsgebiet der Welt ist es je gelungen, in der Bundesrepublik Asyl zu bekommen. Die deutschen Gerichte sahen weder in dem fehlenden KDV-Recht noch in dem horrenden Strafmaß eine politische Verfolgung.

Zigtausende verweigern die Einberufung

Zu Beginn des Krieges war es für die Kriegsdienstpflichtigen, insbesondere für Reservi-

sten. noch relativ einfach, das Land zu verlassen. Nach Angaben aus Jugoslawien flohen 10000 Kroaten aus bzw. vor der kroatischen Nationalgarde nach Slowenien bzw. Italien. In Montenegro folgten 12000 den Einberufungsbefehlen nicht oder desertierten aus der jugoslawischen Nationalarmee. In Serbien sollen insgesamt nur 50 % und in Belgrad gar nur 15 % der Reservisten dem Stellungsbefehl gefolgt sein. Mitte Dezember '91 gab der Militärankläger der jugoslawischen Armee an, daß etwa 10000 Reservisten ihren Einberufungen nicht gefolgt seien. Zusätzlich seien bis zu diesem Zeitpunkt „etwa 11000“ aus der Bundesarmee desertiert. Auch in Kroatien verweigern im Schnitt 50 % die Einberufungsbefehle.

Hoffnung auf Verwandte in Deutschland

„Jede in der Bundesrepublik lebende jugoslawische Familie hat durchschnittlich zwei Gäste“, so ein Berater für Flüchtlinge. „Rund 10000 sollen allein in Berlin gelandet sein, ebensoviele sind es womöglich auch in München. 5000, so eine Schätzung der Caritas sind mittlerweile in Stuttgart. 20 Kroaten teilen sich beispielsweise die drei Zimmer der 90-Quadratmeter-Wohnung von Ljubica Yermen in Rheinfelden. Geschlafen wird selbst im Bad. Bei Maria Grgan in Zuffenhausen leben in drei Zimmern nun elf Menschen“, so der Spiegel in einem Bericht.

Menschen aus Jugoslawien können nach wie vor als „Touristen“ einreisen und sich drei Monate in der Bundesrepublik aufhalten. Flüchtlinge und insbesondere Deserteure sind aber keine Touristen. Sie sind auf Unterstützung angewiesen. Und die drei Monate sind bald vorbei – was dann?

Darüber machte sich auch die Innenministerkonferenz Gedanken und beschloß Anfang November '91, alle Flüchtlinge aus Kroatien ein halbes Jahr, bis Mai 92, nicht abzuschicken. Dies bedeutet, daß sie sich solange hier aufhalten und arbeiten dürfen und Sozialhilfe bekommen können. Und was ist mit Flüchtlingen aus anderen Gebieten Jugoslawiens? Manche Bundesländer legten den Innenministerkonferenzbeschuß so aus, daß auch Flüchtlinge aus anderen Regionen Hilfe bekommen können. Im nordrhein-westfälischen Erlaß vom 9. Nov. '91 heißt es, bei jugoslawischen Staatsangehörigen, „die aus dem Dienst in der jugoslawischen Armee desertiert sind oder einem Einberufungsbescheid in Jugoslawien nicht Folge geleistet haben“, werde „vor der Durchführung von Ab-



Tausende Mütter und Ehefrauen von jugoslawischen Soldaten demonstrieren gegen den Krieg. Hier eine Menschenkette von Frauen aus Zagreb (30.8.91)

schiebungen (...) mit besonderer Sorgfalt im Einzelfall“ geprüft, ob Abschiebungshindernisse („Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit“) bestehen.

Momentan befinden sich mindestens tausend KDVer und Deserteure aus Jugoslawien in der Bundesrepublik. Ihre Rechte und ihre Perspektiven sind weitgehend ungeklärt.

Keine einheitliche Hilfe

Während sich die deutschen Gremien bisher einfach auf den Standpunkt stellten, daß Flucht vor Krieg, KDV und Desertion nicht nur kein Asyl begründen, sondern auch kein Aufenthaltsrecht – diese Personen konnten also in der Regel ohne größere Umstände abgeschoben werden – sieht man nunmehr darin immerhin ein Problem. Aber die Hilfe wird auf dem niedrigsten, gerade noch für vertretbar erachteten Level angesiedelt. Zudem wird sie je nach politischem Kalkül unterschiedlich verteilt. Nicht anders ist es zu interpretieren, daß Menschen aus Kroatien sich besser stellen als Flüchtlinge aus anderen Gebieten.

Manche Bundesländer verfahren etwas liberaler und schieben z. B. auch nach Serbien nicht generell ab; manche erwähnen sogar ausdrücklich die KDVer und Deserteure. Aber es wird nicht nur von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich verfahren, aus der Praxis ist auch bekannt, daß dies innerhalb eines Bundes-

landes der Fall ist: Aus der Duldung ergeben sich Sozialhilfeansprüche, die wiederum von den Kommunen zu bezahlen sind – und die weigern sich vielfach. Selbst innerhalb einer Stadt wie Frankfurt gewähren manche Sozialämter die volle Sozialhilfe, andere nur einen geringeren Anteil und wieder andere gar nichts.

KDVer und Deserteure brauchen Bleiberecht

Obwohl es weitgehend aussichtslos sein dürfte, gehen Rechtsanwälte nun vermehrt dazu über, Asylverfahren einzuleiten, denn damit lassen sich zumindest für die Verfahrensdauer (derzeit mindestens ein Jahr) der Aufenthalt, die Arbeitserlaubnis und die Sozialhilfe sichern. Gleichwohl sind auch die Nachteile für die Betroffenen offensichtlich: sie können zumeist nicht mehr bei den Verwandten oder Bekannten leben, werden in Sammelunterkünfte verfrachtet und müssen befürchten, in andere Bundesländer abgeschoben zu werden, wo sie keinerlei sozialen Bezug mehr haben. Eine Unterstützung, eine tatsächliche Hilfe und Perspektive für die Betroffenen ist in all dem kaum zu erblicken.

Für KDVer und Deserteure wird mit dem hoffentlich baldigen Kriegsende die Situation keineswegs einfacher. Während alle Innenministeriumsbeschlüsse die Abschiebung mit dem Kriegsende wieder möglich machen, ist eine Generalamnestie in Jugoslawien auf keiner der am Krieg beteiligten Seiten in Sicht. Das Gegenteil ist der Fall, es droht die Abrechnung mit denjenigen, die den „Sieg“ vermasselt haben. Deshalb: Kriegsdienstverweigerer und Deserteure dürfen nicht nur nicht ausgewiesen werden – sie brauchen ein generelles Bleiberecht! Genau dies sind auch die Forderungen von Organisationen aus der Bundesrepublik, die – wie die Deutsche Friedensgesellschaft, Ohne Rüstung Leben und Pax Christi – Deserteure aus Jugoslawien unterstützen und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit machen. ■

*Franz Nadler ist Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „KDVer im Krieg“ der DFG-VK. Die AG gibt alle zwei Monate einen Rundbrief heraus. Ein Probeexemplar ist kostenlos erhältlich über: Franz Nadler, Querstr. 23, 6050 Offenbach.

Kontakte zu jugoslawischen Friedensgruppen vermittelt „Ohne Rüstung Leben“, Furtbachstr. 10, 7000 Stuttgart 1.



explosives Völkergemisch

Zeichnung: Mester

RÄTSEL

Förderg. jugosl. Deserteure	Begründer des Taoismus	3. Person	Vorname von Gollwitzer	Quittungen	engl.: Auto	Träger d. altern. Nobelpreises	ägypt. Sonnengott			
				8			Kfz-Kz. von Österreich			
Bodenfläche jap. Brettspiel				süd-amerik. Kamel			Singstimme	Aus		
		Vernunft	Flächenmaß	Sage (alt-dtsch.)		Krimhilds Mutter Lebensgemeinschaft				
Heirat Donauzufluß					Paradiesgarten					
	5			Wirtschaftsanstalt in Berlin	9					
franz.: und	1/92									
Vorname Tolstois	Kletterpflanze	wub was uns betrifft Rätsel					engl. Anrede (Abk.)		Begriff der christl. Ethik	
		Gesucht: Motto einer Hilfsaktion					Ansprache	interpretieren		
Formelz. für Kraft		Pappel								
ehem. UDSSR (Abk.)										
	12	Auer-ochse	psych. Verletzung	Leichenbehältnis	germ. Donnergott	männl. Vorname				
span. Gebirge	Staatsstreich		7			Honigwein			Randbemerkung	
röm. Sonnengott	Gegenteil f. out									
	4				engl.: auf	11	nord. Hirsch			
		ind. Laute	in russ. KH vorherrschend		18. Buchstabe	dieb. Vogel	ital. Vulkan	ital. Verneinung Flächenmaß		
	unheiml. Erscheinung		15	Sohn Isaaks	1. Frau				Maßeinheit	
streitbarer Protestant 1892 †1984									Kaktus	
Strumpfhälter					Hitlers Schergen		Windrichtung (Abk.)		1	
Stadt in NRW	Spielkarte spirituell		Thema S. 12		6				Buchstaben	
Wenduruf beim Segeln					Sekret produz. Organ		3	zugehörig zu Sachsen		
		engl. James Bond Darst.	Hautfleck	akadem. Titel		röm. Gruß				
Oberhaupt der Muslime	2			Wut	russ. Name	Modellermasse	13			
Sonnenbank						griech. Göttin d. Verblendg.		20. Buchstabe		
Melodiehöhe				14		lat. nachmittags (Abk.)	Tierprodukt			
		relig. Liedform						Kfz-Kz. Spanien		
engl.: bekommen			Einsiedler (Mz.)				10			

Die Lösung des wub-Preisrätsels 4/91 lautet: „Schuldenerlaß“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind:
Dagmar Taskin, Wachtberg-Oberb.
Martin Wiechmann, Laatzten
Jochen Stähle, Sinsh.-Ehrstädt

Alle GewinnerInnen, auch die der wub-Freiabos (11.-20. Preis), werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen. Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbaren Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1
schicken.

Einsendeschluß ist der 03.04.1992 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: **Leo Tolstoj, Die Romane** (10bändige Cassette)
2. Preis: **Lew Kopelew, Und dennoch hoffen** (Texte der deutschen Jahre)
3. bis 10. Preis: **Russische Volksmärchen; Neuaufgabe**
11. bis 20. Preis: **je ein wub-Freiabo für ein Jahr.**

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

15
14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

Betr.: wub:
Anregung/Kritik/Lob:



„Leichenhemd und Knochenmühle“

Eindrücke von der Rüstzeit „Sterben und Tod“ in Höchst/Odw. vom 4. - 8.11.1991

Fotos: ZDL Markus Schmidt



Besichtigung der „Sargausstellung“ beim Bestatter

Natürlich hatten wir, 9 Zivildienstleistende sowie Pfarrer Rojahn und Michael Lang als Teamer, nicht die Absicht, Denkanstöße zu diesem sensiblen Thema nur aus der Sicht von Bestattungsunternehmern und Friedhofsverwaltern zu erhalten – aber interessant war es schon, einmal mit diesen „Profis“ über ihre Arbeit zu reden.

Grundsätzlich hatte jeder Teilnehmer die Möglichkeit, von seinen eigenen Erlebnissen und Gefühlen mit dem Tode zu berichten. Hierzu gehörten Todesfälle in den Familien ebenso wie der Umgang mit alten und sterbenden Menschen im Rahmen des Zivildienstes. Auch die Ängste vor Umweltzerstörung und Krieg wurden lebhaft diskutiert.

Die Geschichte eines Verkehrsunfalltopfers machte uns die Brisanz des Themas auch für junge Menschen bewußt. Es kamen Fragen auf, die die Menschenwürde im Hinblick auf die Apparatedizin genauso betrafen wie den Komplex Sterbehilfe.

Um das Programm aufzulockern, hatte das Team zwei Exkursionen vorbereitet. In Darmstadt befragten wir drei Stunden lang einen Bestattungsunternehmer nach der „organisatorischen Seite des Todes“. An einigen Beispielen wurde uns klar, daß diesem lukrativen Geschäft auch eine starke Belastung gegenübersteht.

Noch interessanter wurde der Besuch auf dem Darmstädter Waldfriedhof mit angeschlossenen Krematorium, sozusagen der „Endstation“ des Todes, wo wir einer Feuerbestattung beiwohnten. Bei ca. 1000 Grad C wurde der Sarg samt Leichnam verbrannt, übrig blieben nur die glühenden Gebeinreste. („Nebenbei“ wurde mit der Abwärme des Ofens das Verwaltungsgebäude des Friedhofs beheizt.) Bedrückend war, wie die Reste anschließend in der Knochenmühle „urnenfein“ zermahlen wurden. Für den „Heizer“ (wie er sich selbst nannte) des Krematoriums ein anonymer Vorgang; nur der Schamottstein mit der Kennnummer läßt Rückschlüsse auf den Toten zu.

ZDL Stefan Stadler und
ZDL Hilmar Busch



Krematoriumsofen auf dem Waldfriedhof Darmstadt



Die menschlichen Überreste nach einer Verbrennung

Historisches Urnenfeld auf dem Darmstädter Waldfriedhof



Ein Nachtrag zum Thema „500 Jahre Eroberung Lateinamerikas“ (wub 4/91):

Wenn Blumen wirklich sprechen könnten...

Über die problematische Blumenindustrie in der Dritten Welt

Von Jörg Jenrich, Brot für die Welt

Blumen, Symbol von Liebe, Zuneigung, Freundschaft, sind zu einem weltweit blühenden Geschäft geworden. Tag für Tag landen die Blumen-Jumbos aus aller Welt in Deutschland oder Holland. Wenn man heute einen bunten Strauß kauft, dann stammen wahrscheinlich die Nelken aus Kenia, die Rosen aus Kolumbien und die Orchideen aus Thailand.

Wenn Blumen wirklich sprechen könnten, dann würden sie nicht von romantischen Gefühlen reden. Sie würden von sozialer Ungerechtigkeit erzählen, von Arbeiterinnen, die in den Pestizidnebeln ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, zu Löhnen, die nicht einmal für das Notwendigste reichen. 130 Mark gibt ein Erwachsener im Jahr in der Bundesrepublik für Schnittblumen aus. Soviel verdient eine kolumbianische Blumenarbeiterin im Monat.

Nach den Niederlanden ist Kolumbien heute weltweit der größte Blumenexporteur. Aber auch andere Länder der Dritten Welt wollen am lukrativen Geschäft mit der Blütenpracht teilhaben: Die hohe Auslandsverschuldung zwingt sie, neue Märkte zu erschließen, um die notwendigen Devisen zu erwirtschaften.

Allein in Kolumbien arbeiten mehr als 100.000 Menschen, überwiegend Frauen, in der Blumenindustrie. Um die gesetzlichen Mindestlöhne und Sozialleistungen zu umgehen, machen die Unternehmer Zeitverträge. Gearbeitet wird knieend oder gebückt und unter ständigem Zeitdruck. Schlimm ist vor allem der übermäßige Einsatz von Pestiziden. Von einer sachgemäßen Anwendung, wie beispielsweise das Tragen von Schutzkleidung, kann kaum eine Rede sein.

Gifte, die bei uns längst verboten sind

Obwohl die westlichen Pestizidhersteller sich verpflichtet haben, in diejenigen Länder keine Pflanzengifte zu verkaufen, in denen eine sichere Anwendung nicht gewährleistet ist, werden in Kolumbien sogar Gifte eingesetzt, die in der Bundesrepublik wegen ihrer krebserzeugenden Wirkung schon längst verboten sind. Die meisten Pestizide im kolumbianischen Blumenanbau stammen übrigens von bundesdeutschen Herstellern.

Schlimme Auswirkungen hat der hohe Pestizideinsatz auf die Arbeiterinnen und Arbeiter: Kopfschmerzen, Übelkeit, Ausschläge. Heimtückisch sind vor allem die langfristigen Folgen, wie Fehlgeburten und Krebs. Aber auch die Umwelt wird nachhaltig geschädigt, das Grundwasser vergiftet und die Böden zerstört.

Die Beschäftigten in der kolumbianischen Blumenindustrie haben schon mehrmals versucht, sich zu organisieren und sich gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu wehren. Die Unternehmer antworteten meist mit Entlassungen und Repressalien.

Info-Kampagne

Um auf die Situation der Blumenarbeiterinnen und -arbeiter in den Ländern der Dritten Welt aufmerksam zu machen, starteten 'Brot für die Welt', 'terre des hommes' und andere Entwick-



In der „Giftküche“ der Blumenindustrie

Fotos: Michael Windfuhr
Riesige Anbaufelder in Kolumbien



lungsorganisationen in Deutschland und Österreich eine Blumen-Informationskampagne. In enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Kolumbien soll mit der Kampagne das Ziel erreicht werden, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der in der Blumenindustrie Beschäftigten zu verbessern.

Einen Boykott lehnen alle beteiligten Organisationen ausdrücklich ab, denn dies würde für die Betroffenen eine weitere Verschlechterung ihrer Situation bedeuten. Zudem haben auch in den europäischen Ländern, wie beispielsweise in Holland, die Umweltschäden durch den hohen Pestizideinsatz solche Ausmaße angenommen, daß in den nächsten Jahren Blumenbetriebe stillgelegt werden müssen.

Die Informationskampagne ruft zu einem aktiven Handeln auf. Mit Briefen an die Regierungen, den Verband der Blumenproduzenten in Kolumbien (ASOCOLFLORES) und an die chemische Industrie, sollen sich die Menschen in der Bundesrepublik einsetzen für die grundlegenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Menschenrechte. Daß solche Aktionen durchaus Erfolg haben können, zeigen erste Reaktionen des Blumengroßhandels, der sich in mehreren Gesprächen bereit zeigte, auf Forderungen der Kampagne einzugehen und Druck auf die Produzenten auszuüben.

Noch sperren sich die kolumbianische Regierung und ASOCOLFLORES vehement gegen Verbesserungen im Blumenanbau. Doch die solidarische Anteilnahme der europäischen Öffentlichkeit macht den Basisgruppen in Kolumbien und anderswo Mut, den Kampf um Gerechtigkeit fortzusetzen.

Weitere Informationen zum Thema Blumen sind erhältlich bei: 'Brot für die Welt', Postfach 10 11 42, 7000 Stuttgart 10.

Jugend von heute: Tendenz zum

Kontrovers

Stimmt es tatsächlich – was man mehr und mehr diskutiert – daß es unter den jungen Menschen von heute einen neuen Trend zum Individualismus oder gar Egoismus gibt? Daß schon Jugendliche zuerst und vor allem an den beruflichen und finanziellen Erfolg denken und ihrer Lebensplanung eine nüchterne Kosten-Nutzen-Rechnung voranstellen? Daß die Bereitschaft, sich für Mitmenschen oder generell für gesellschaftliche Belange zu engagieren deutlich absinkt, weil auch junge Menschen heute in erster Linie an ihren persönlichen Vorteil denken? Oder sind das alles nur wieder die Vorurteile der Elterngeneration, nach dem verklärten Motto: Ja, früher, da war die Jugend noch in Ordnung? wub hat zwei Menschen befragt, die sich beruflich intensiv mit den Einstellungen der Jugendlichen von heute auseinandersetzen. Hier die beiden kontroversen Antworten:

Ja – der Trend zu einer ausschließlich „Ich-bezogenen“ Haltung setzt sich fort.

Von Hartmut Hager*

Es entspricht dem Selbstverständnis eines demokratischen Staates, daß seine Sicherheit Angelegenheit des ganzen Volkes ist. Die Bereitschaft, sein Land zu verteidigen, schafft die Voraussetzung dafür, daß das Recht und die Freiheit eines jeden einzelnen geschützt werden.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland umfaßt gleichermaßen Friedensangebot und Verteidigungsbereitschaft mit Streitkräften auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Lasten und Pflichten, die der Staat dabei seinen Bürgern auferlegen muß, machen es notwendig, Sicherheitspolitik und militärische Verteidigung besonders den jungen Staatsbürgern, die von der Wehrpflicht unmittelbar betroffen sind, verständlich zu machen. Dabei geht es um Inhalte der Sicherheitspolitik, wie die Rolle der Bundeswehr innerhalb der NATO, die Bemühungen um Entspannung, Abrüstung und Truppenverminderung, aber auch um den Sinn des Wehrdienstes und um den dazu erforderlichen persönlichen Beitrag jedes einzelnen Bürgers.

Bei Informationsveranstaltungen zu diesen Themen wurden von den Jugendoffizieren der Bundeswehr 1990 mehr als 300 000 Bürger erreicht; der größte Teil waren Jugendliche, vor allem Schüler und Studenten.

Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen

Bei diesen Veranstaltungen mit Diskussionen stellte es sich heraus, daß die große Mehrzahl der Jugendlichen über neuere Geschichte, historische Zusammenhänge und konstituierende Elemente unseres Staatswesens nur einen unzureichenden Kenntnisstand hat. Dafür wurde versucht, mit wenig eigenem Wissen immer mehr zu diskutieren. Meinungsäußerungen fußten dabei weniger auf eigenen Sachkenntnissen als vielmehr auf Auffassungen aus dem Bekannten- und Verwandtenkreis. Eine Ausnahme bildeten hier die Schüler der Leistungskurse Geschichte und Sozialkunde.

Jugendliche waren gegenüber Äußerungen von Vertretern staatlicher Institutionen und von Politikern skeptisch eingestellt. Informelle Meinungsführer aus dem sozialen Umfeld gewannen so für die Urteilsfindung erhebliche Bedeutung. „Einfachen Wahrheiten“, die schlagwortartig benutzt werden können, wurde eher Glaube geschenkt, als der sachlichen Information und Argumentation.

„Häufig geben persönliche Vorteile und nicht Gewissensentscheidungen den Ausschlag“

So wurde die Notwendigkeit militärischer Landesverteidigung

zwar von der überwiegenden Mehrheit bejaht, die finanziellen Mittel hierfür jedoch oftmals als zu hoch angesehen und ein persönlicher Beitrag, durch die Bereitschaft den Wehrdienst abzuleisten, in zunehmenden Maße abgelehnt. Frei nach dem Motto: „Ich bin ja dafür, daß wir die Bundeswehr haben, aber ohne mich“. Oder: „Ich sehe ja ein, daß wir die Bundeswehr brauchen, aber für mich kommt nur der Zivildienst in Frage“. Wobei häufig offen eingeräumt wurde, daß dabei weniger eine Gewissensentscheidung nach Grundgesetz Artikel 4(3) getroffen wurde, als vielmehr persönliche Vorteile den Ausschlag gegeben haben (Bundeswehr = Kasernierung, mangelnde Mitbestimmungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen. Zivildienst = Ableistung des Dienstes am Wohnort, keine Trennung von Freundin bzw. von Familie und Verein, keine hierarchische Strukturen).

„Was nutzt mir das?“

Die Bundeswehr wird ausschließlich aus der Sicht der persönlichen Betroffenheit betrachtet, der Sinn für das Gemeinwesen bleibt unbeachtet. Je größer die persönlichen Nachteile, umso stärker die Kritik und umso stärker die Bereitschaft, diesen Dienst abzulehnen.

Dieser „Ohne-mich“-Standpunkt bzw. grundsätzlich den Weg zu gehen, der dem einzelnen am meisten nützt, kann nur so verstanden werden, daß Gemeinschaftsdienste, die unter Beachtung gewisser Regeln und Rücksichtnahme auf andere ablaufen, die auch eine gewisse Einordnung und Unterordnung verlangen, der Selbstverwirklichung der jungen Generation im Wege stehen. Die Devise heißt: die persönliche Zukunft frei gestalten, ohne Einbußen an Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die jeweilige Interessenlage wird ausschließlich von der persönlichen Betroffenheit bestimmt.

Diese sehr häufig anzutreffende „Was nutzt mir das“-Überlegung zeigt, daß sich der Trend zu einer konsum- und freizeitorientierten Einstellung fortsetzt. Das Engagement für die Belange der Allgemeinheit bleibt bei dieser „Ich-bezogenen“ Haltung auf der Strecke. ■

* Hartmut Hager ist Jugendoffizier der Bundeswehr in Nürnberg und zuständig für den Bereich Mittelfranken.

„Die persönliche Zukunft frei gestalten“
– (Vor-)Bilder aus der Werbung



Individualismus / Egoismus?

Nein – die Bereitschaft zum sozialen Engagement war noch nie so groß wie heute.

Von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach *

Immer wieder ist von einer „dramatischen Erosion der Dienstbereitschaft“ in der heutigen Zeit die Rede, von einem Niedergang der Werte und einer Abnahme von Menschlichkeit und Solidarität, insbesondere bei jüngeren Menschen. Diese besorgniserregende Entwicklung wird vor allem daran festgemacht, daß die Bereitschaft zum freiwilligen sozialen Engagement, also zum sozialen Ehrenamt schwindet – und daran gibt es übrigens derzeit auch wenig begründeten Zweifel. Heißt dies aber zwangsläufig auch, daß damit die generelle Bereitschaft junger Menschen, sich für gesellschaftliche und soziale Belange zu engagieren, schwindet? Haben wir es also tatsächlich mit dem so gefürchteten „Ende des Sozialen“ zu tun? Sind die Jugendlichen von heute, die „Konsum- und Krisenkinder“, wie sie auch genannt werden, demnach so übersättigt, apathisch und gleichgültig, daß sie nichts mehr von all diesen Dingen wissen wollen? Sind sie Gefangene des modernen gesellschaftlichen Lebens, Leittragende der Folgen einer entsolidarisierenden Individualisierung und einer sich selbst glorifizierenden „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, die ihnen nur noch das alternativlose Mitläufertum in einem sich selbst behauptenden Konkurrenzkampf mit einer egozentrischen und erfahrungsorientierten Haltung offenhält?

Hierauf will ich eine möglicherweise verblüffende Antwort geben. Und diese lautet: Nein. Die Abnahme des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements im sozialen Bereich belegt keineswegs die generelle Abnahme von Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft oder bei den Jugendlichen.

Im Gegenteil: Ich behaupte sogar, und kann das auch mit Zahlenmaterial belegen, daß die Bereitschaft zum sozialen Engagement noch nie so groß und noch nie so umfangreich war – zumindest in der Geschichte der Bundesrepublik – wie in der allerjüngsten Vergangenheit. Und damit verbinde ich zugleich den Verdacht, daß der immer wieder festzustellende Pessimismus mit Blick auf aktuelle Entwicklungen stets auch von einer verklärend-überzeichneten Vergangenheit geprägt ist („früher, da war das noch alles ganz anders...“).

Noch nie gab es mehr Menschen in den sozialen Berufen

Noch nie gab es so viele Menschen, die einen so großen Teil ihrer Lebens- und Arbeitszeit in soziale Arbeit und soziales Engagement investiert haben wie Anfang der 90er Jahre. Noch nie hat die soziale Seite des Lebens so viel Raum im öffentlichen und politischen Leben eingenommen wie heute. Noch nie war die personelle und finanzielle Investition der Gesellschaft in soziales Engagement größer als gegenwärtig.

Wie komme ich zu dieser scheinbar gewagten Aussage? Ganz einfach: Jedes Jahr beginnen mehr als 30 000 junge Erwachsene eine Ausbildung in sozialen oder sozialpädagogischen Berufen (also ohne die Gesundheits- und Pflegeberufe und ohne die angehenden LehrerInnen). Und jedes Jahr beenden weit mehr als 20 000 Erzieherinnen, diplomierte SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen an den Fachhochschulen und Universitäten erfolgreich ihre Ausbildung. Derartige Größenordnungen hat es bis Mitte der 70er Jahre nie gegeben, und sie lassen sich auch erst seit dieser Zeit kontinuierlich nachweisen.

Diese Zahlen und Größenordnungen haben zudem ihre Entsprechung und ihren Niederschlag sowohl in einem immens expandierenden Arbeitsmarkt für soziale Berufe als auch in einer nachhaltigen Personalexpllosion innerhalb der Wohlfahrtsverbände.

Caritas vor Daimler-Benz

So führt beispielsweise seit einigen Jahren der Deutsche Caritasverband mit inzwischen rund 350 000 MitarbeiterInnen die Liste der größten deutschen privaten Arbeitgeber an, vor Daimler-Benz mit gut 300 000 Inlandsbeschäftigten, gefolgt vom Diakonischen Werk mit rund 270 000 und der Firma Siemens mit etwa 230 000 Beschäftigten.

Hinzu kommt, daß in der Bundesrepublik die „sozialpflegerischen Berufe“, wie die sozialen Berufe in der Arbeitsmarktstatistik immer noch heißen, einer der großen, vielleicht sogar der größten Branchen-

gewinner und der expansivste Wirtschaftszweig dieses Jahrhunderts, zumindest aber seit der Gründung der Bundesrepublik ist. Dazu muß man sich klar machen, daß anfänglich, im Jahre 1925, gerade mal 30 000 Beschäftigte in diesem Bereich gezählt wurden, nach dem Krieg dann, 1950, etwa 67 000, im Jahre 1961 ca. 96 000, 1970 immerhin 155 000 und zuletzt, 1990, schließlich bereits fast 500 000 Erwerbstätige. Und dies heißt nichts anderes, als daß zum einen die Zahl der Erwerbstätigen enorm angestiegen ist (wie in kaum einer anderen Branche) und daß zum anderen mehr als zwei Drittel dieser Zuwachsraten für die Zeit nach 1970 verbucht werden müssen. Allein diese Entwicklung dokumentiert eindrucksvoll, daß aus dieser Sicht von einer Abnahme der Bereitschaft, sich sozial und gesellschaftlich zu engagieren, keine Rede sein kann.

Das Ende einer Illusion

Zugespielt kann man sagen: Die Bereitschaft zum sozialen Engagement von jungen Erwachsenen hat sich in Wirklichkeit gar nicht verringert, sie hat sich vielmehr gewandelt und dabei sogar ausgeweitet, sozusagen marktgerecht angepaßt, „modernisiert“. Und das scheint mit nicht nur ein Nachteil zu sein, das muß man nicht zwangsläufig als eine bedauerenswerte Veränderung interpretieren.

Was allerdings mit dieser Entwicklung unwiderruflich verloren gehen könnte – und das scheint bisweilen manche mehr zu irritieren als die Abnahme der Hilfsbereitschaft selbst –, ist der Pathos und der Symbolgehalt des Helfens als freiwilligem, absichtslosem und persönlichem Engagement: das Ende von der Illusion des zweckfreien und selbstlosen Engagements zum Nulltarif. Oder anders gefragt:

Warum tut sich diese Gesellschaft so schwer mit einer verbindlichen, fachlich qualifizierten, beruflichen Form des sozialen Helfens für Lohn und Brot? Ist dies nicht zuletzt die angemessenste Ausdrucksform für soziales Engagement in einer riskant gewordenen und individualisierten Moderne?

Nicht mehr zeitgemäß?
– Szenen aus der freiwilligen Arbeit diakonischer HelferInnen Fotos: Diakon. Werk

* Prof. Dr. Thomas Rauschenbach ist Leiter des Arbeitsbereiches Sozialpädagogik an der Universität Dortmund.

Von der Ersatzpflicht im Ersatzdienst

Reinhard Becker

Endlich wieder einmal eine positive Bilanz! Denn bei der Kosten-Nutzen-Rechnung eines Zivi-Einsatzes scheint sich die Waagschale für die Beschäftigungsstellen immer noch auf der Nutzenseite zu senken. Ja selbst dann, wenn man die Kosten für Schäden einkalkuliert, die von ZDL in der gewohnten Ausübung ihres Pflichtdienstes verursacht werden. (Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß die Nachfrage nach Anerkennung als Beschäftigungsstelle für Zivis immer noch ansteigt?)

Eine Statistik für diese Schäden, wie etwa bei den Flurschäden der Bundeswehr in Manövern gibt es zwar nicht, aber wenn es sie gäbe, käme sie auf erkleckliche Summen, allein schon durch die Schäden mit Dienstfahrzeugen. Müßte der Zivi einen Schaden gar aus eigener Tasche bezahlen, wäre der Pleitegeier für längere Zeit sein Hausgenosse. Doch da sei Vater Staat und Mutter Zivildienst vor!

Fürsorglicherweise und wohl vorausschauend haben sie den § 34 in das Zivildienstgesetz (ZDG) geschrieben, welcher den schwer arbeitenden ZDL vor allzu habgierigen Schadensersatzforderungen schützt.

Laut Bürgerlichem Gesetzbuch (§ 823 BGB) muß ja derjenige einen Schaden ersetzen, der vorsätzlich oder fahrlässig Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum eines anderen verletzt. Und so ähnlich steht es auch im § 34 ZDG – natürlich auf den Bund bezogen: „Verletzt ein Dienstpflichtiger schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten, so hat er dem Bund (bzw. der Beschäftigungsstelle, die hier zur Bundesverwaltung gerechnet wird/R. B.) den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen...“ Die Ersatzpflicht im Ersatzdienst! Aber: es muß eine schuldhaft Pflichtverletzung vorliegen. Der Begriff „schuldhaft Pflichtverletzung“ muß so verstanden werden, daß einer weiß, was er da hinterhältiges beabsichtigt, es auch mit vollem Willen tut und damit jede gebotene Sorgfalt außer acht läßt – also vorsätzlich und fahrlässig einen Schaden produziert.

So einfach das Ganze auf dem Papier aussehen mag, so kompliziert und vielfältig sind die Sachverhalte, ihre Beurteilung und Wertung im Falle eines Falles (mögliche aber seltenere disziplinar- oder strafrechtliche Verwicklungen sollen außer Betracht bleiben). Die hier relevanten Paragraphen sind zahllos, das Beziehungsgeflecht der Rechtsvorschriften ist so engmaschig, daß es genügen muß, mit ein paar alltäglichen Beispielen etwas Licht in das Dunkel des Dschungels zu bringen. Dazu merke: Jeder Zivi, über den erhebliche Schadensersatzforderungen hereinbrechen, ist gut beraten, die rettende Hand des Rechtsanwaltes zu ergreifen (siehe dazu auch „Tips“, weiter unten)

1. Beispiel: Das Ende einer Dienstfahrt.

Der ZDL K. in W. kauft mit dem Dienstfahrzeug regelmäßig für ältere Bürger ein. Am Mittwoch ist die energische alte Dame dran, mit der er öfter einen Disput hinlegt. Mit gemischten Gefühlen erklimmt er die Treppe und wie geahnt, es geht schon los: Die alte Dame will ihren Käse unbedingt in einem ganz bestimmten Geschäft eingekauft haben. ZDL K. begibt sich leicht genervt auf die Tour und kauft ein. Bei der etwas engen Ausfahrt streift er trotz vorsichtiger, langsamer Fahrweise einen niedrigen Begrenzungsposten und drückt die Beifahrertür

Wer haftet bei Schäden, die ein Zivi verursacht?

ein. Nach dem Käse-Ärger nun auch noch PKW-Ärger. Prompt rastet der Dienststellenleiter bei der Unfallmitteilung aus, das sei jetzt schon der 2. Schaden bei Dienstfahrzeugen in einer Woche, usw. Dem ZDL K. wird angedroht, die Kosten für den Schaden würden ihm vom Sold einbehalten. Gedroht – getan: Am nächsten Ersten werden ihm 300.– weniger überwiesen.

Aber halt, so einfach geht es nicht! Allmachtsrausch einer Dienststelle hin, aber § 34 ZDG her. Und da steht ganz deutlich geschrieben, daß der Zivi dem Bund bzw. der Beschäftigungsstelle nur dann ersatzpflichtig wird, wenn er vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat. Doch davon kann im Falle des ZDL K. keine Rede sein. Zumal Kraftfahren ja allgemein als „gefahren geneigte Tätigkeit“ angesehen wird, d. h., daß trotz Wahrung aller Sorgfaltspflicht und aller Befähigung der Mensch einen nicht vermeidbaren Fehler machen kann, der zu einem Schaden führt. Dafür muß er erst einmal nicht haften. Daß aber die Dienststelle ohne Anweisung des Bundes oder Rechtstitel einfach Sold und Verpflegungsgeld einbehält, verstößt nun völlig gegen Recht und Sitte.

Abhilfe in diesem Fall: Mit der Dienststelle reden. Wenn das keinen Erfolg zeigt, Beschwerde beim Bundesamt einlegen. Die Dienststelle muß dann mit Zins und Zinseszins zurückzahlen. Es gibt nämlich auch eine Ersatzpflicht des Bundes bzw. der Beschäftigungsstelle gegenüber dem Dienstpflichtigen.

2. Beispiel: ... und führen wohin du nicht willst.

ZDL Sch. leistet Dienst in einem Krankenhaus in S. Er ist zwar auf der Station, doch er betreibt den „Schwerverkehr“, transportiert Betten mit und ohne Patienten zwischen den einzelnen Abteilungen und Häusern der Klinik. Der Weg zu Haus C ist etwas problematisch, da der überdachte Gang leicht abschüssig verläuft. Wenn ZDL Sch. an die lächerlichen „Bremsen“ der Betten denkt, stehen ihm die Haare zu Berg. Und einmal mußte es ja kommen: Morgens, gleich nach Dienstantritt, war ein Patient nach Haus C zu fahren. Der ZDL-Kollege, der ihm immer dabei half, war krank, sonst niemand verfügbar. So kam die eindeutige Anordnung: Dann schieben Sie eben alleine! Was half aller Protest, der Patient mußte in Haus C. Der Zivi informierte den Mann und bat ihn, sich festzuhalten. Bei der Hälfte des abschüssigen Weges legte das Bett an Geschwindigkeit zu, ZDL Sch. konnte es kaum noch halten. Bei der Biegung fuhr es geradeaus, wohin es eigentlich nicht sollte. Eine Mauer stoppte dann die Irrfahrt, der Patient schürfte sich dabei ein Bein auf. Und dann kam der Ärger: Harte Worte vom Stationspfleger und Schadensersatzforderung samt Schmerzensgeld von den Angehörigen an den Zivi. Aber: Schadensersatz können die Angehörigen nicht von dem ZDL Sch., sondern nur vom Bund bzw. von der Beschäftigungsstelle fordern, in deren Auftrag der ZDL tätig wurde – auf Grund der sogenannten Amtshaftung wie sie Art. 34 des Grundgesetzes (nicht zu ver-

wechseln mit dem § 34 ZDG) und § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches formulieren. Die Beschäftigungsstelle könnte nun vom ZDL Ersatz verlangen, jedoch nur dann, wenn er seine Dienstpflichten schuldhaft, d. h. vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hätte. Das ist hier aber nicht gegeben. Im übrigen bestehen in aller Regel in den Einrichtungen Betriebshaftpflichtversicherungen, die für solche Forderungen von den Dienststellen in Anspruch genommen werden.

3. Beispiel: Glasperlenspiel

Frau Z. im Altenheim braucht einen Gehwagen. ZDL A. wird beauftragt, das gelieferte Gestell zum Zimmer von Frau Z. zu bringen. Er geht zum Treppenhaus, plötzlich fliegt durch den Windzug mit lautem Knall eine Tür zu. ZDL A. erschrickt, der Gehwagen fällt ihm aus der Hand und schlägt durch den Glasabschluß. Die Bruchstücke fliegen wie eine Kaskade von Glasperlen die Treppe hinunter, der Gehwagen ist ramponiert. Über den Glasbruch sieht der Heimleiter großzügig hinweg. Aber Frau Z. jammert und will ihren Gehwagen ersetzt haben.

Doch auch bei Sachschäden gegenüber sogenannten „Dritten“, also Klienten, gilt der Grundsatz: Kosten müssen von der Beschäftigungsstelle gefordert werden, und können – wie schon gehabt – nur vom Zivi zurückgeholt werden, wenn er den Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt haben sollte.

4. Unwahrscheinliche Beispiele: Wenn den Zivi der Hafer sticht...

... und er ohne Genehmigung mit dem Dienstfahrzeug nach Hause fährt, dabei das Fahrzeug beschädigt, dann ist er dran: die Kosten bleiben an ihm hängen.

... oder er die Essen-auf-Räder-Tour mit einer Ralley verwechselt, dabei eine Person verletzt, dann wird er zuletzt die Kosten tragen müssen (ganz abgesehen von anderen Folgen).

... alkoholisiert den Dienst versieht, dabei Scherben produziert, dann wird mit Recht die Erstattung der Schadenskosten von ihm verlangt. Denn so weit geht die Liebe von Vater Staat nicht, daß er für jeden Unfug aufkäme. Hier sind Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit am Tage. Da hilft nichts außer: Bezahlen, Besserung und eine Dienst-Haftpflichtversicherung.

Tips

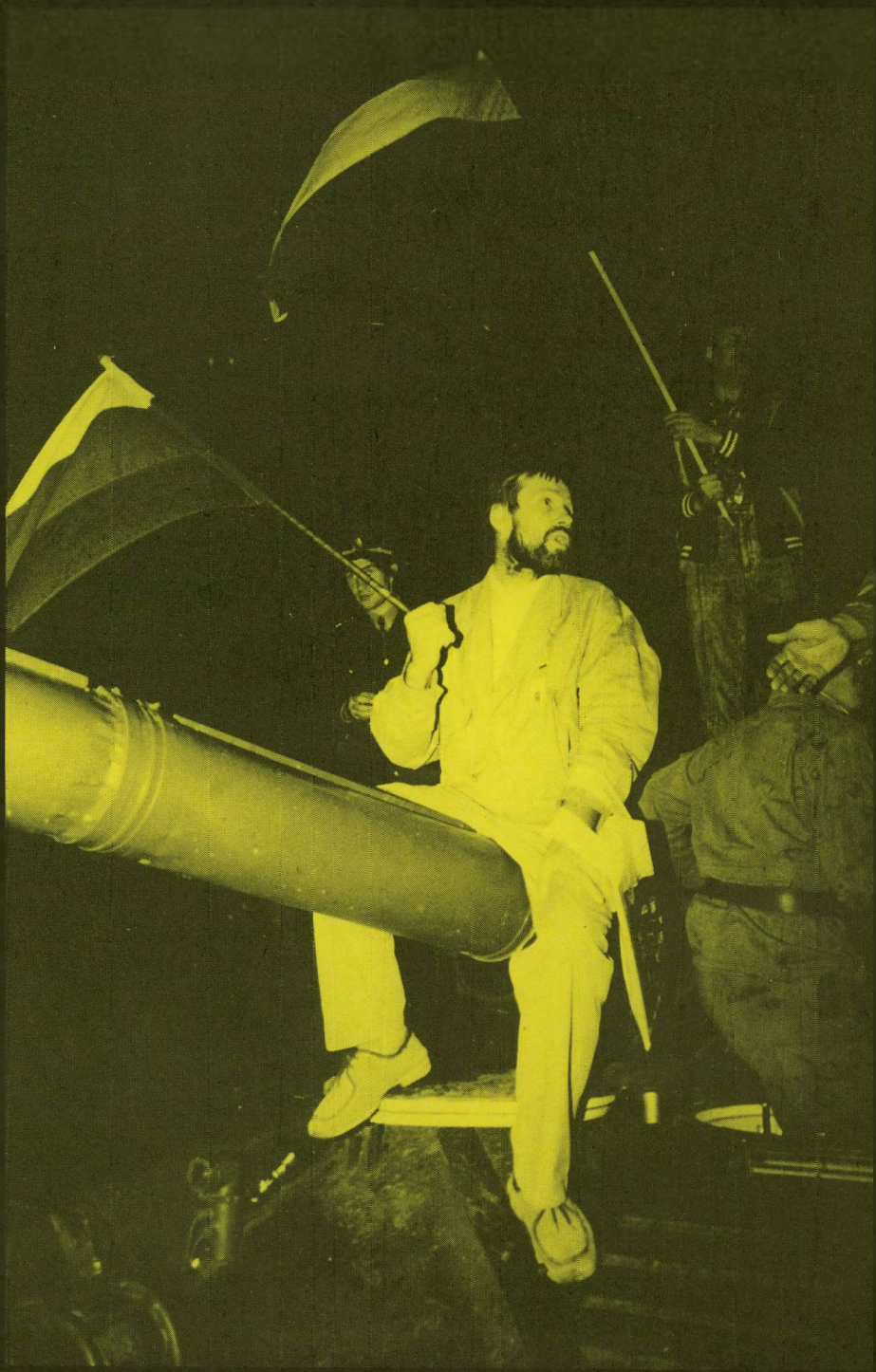
– wer Probleme mit Schadensersatzforderungen befürchtet, sollte eine (relativ preiswerte) Dienst-Haftpflichtversicherung abschließen. Sie ist bei den Versicherungen zu haben, die auch die Auslandskrankenversicherungen für ZDL anbieten.

– wer einen Rechtsanwalt konsultieren muß und keine entsprechende Versicherung hat, sollte mit ihm seine finanzielle Mangellage besprechen und über ein angemessenes Honorar reden.

– wenn ein ZDL bei seiner dienstlichen Tätigkeit einem Klienten gesundheitlichen oder körperlichen Schaden zugefügt hat, aber, weil nicht schuldhaft, keine Kosten zu tragen hat, so bleibt doch immer noch die seelische Belastung. In diesem Fall mit einem Zivildienstseelsorger reden, oder z. B. an einer entsprechenden Rüstzeit teilnehmen. ■

THEMA

BRENNPUNKT GUS



Freude über den gewaltfrei vereitelten Putsch im Aug. 91

Foto: dpa

Das Säbelrasseln zwischen Ost und West ist endlich verstummt, die verstaubten Feindbilder – schlechte Fälschungen von je her – werden abgehängt, das Block-Denken vom „wind of change“ verweht und den Kommunismus haben die Seinen ohne Tränen zu Grabe getragen.

In der ehemaligen Sowjetunion gibt es heute echte Wahlen, Freiheit der Meinung, der Presse und der Religionen, hie und da schon KDV-Gesetze und allenthalben Versuche mit der Marktwirtschaft. Und trotz allem scheint der Schrecken aus dem „Reich des Bösen“ (R. Reagan) nicht wirklich verschwunden zu sein. In nahtlosem Übergang sind neue Ängste aufgetaucht: Hungerrevolten, Nationalitätenkriege, Völkerwanderungen, Umweltkatastrophen, Atomraketen-Klau, „Nuklearsöldner“, Mafia... heißen jetzt die Bedrohungen aus dem Osten, die tagtäglich die Blätter betiteln und die TV-Brennpunkte füllen.

Natürlich kann und darf niemand behaupten, daß diese Probleme nicht wirklich existent und die gegenwärtig geäußerten Sorgen mit der alten Feindbildpropaganda vergleichbar wären. Aber so wenig wie die alte UdSSR mit der kraftstrotzenden Roten Armee, mit SS-20 Atomraketen oder dem Archipel Gulag gleichzusetzen war, so wenig sollte uns die neue GUS in der schwierigen Phase des Wandels zum Synonym für Mafia und Chaos werden.

Für unser wub-Thema „Brennpunkt GUS“ haben wir daher ganz bewußt völlig andere und bisher leider auch wenig publizierte Schwerpunkte gesetzt: Traditionen, Entwicklungen und Beispiele aus der russischen Friedens- und Ökologiebewegung, der gewaltfrei vereitelte Putsch vom Sommer 91, Begegnung, Partnerschaft und Solidarität mit den Menschen. Wir denken, der russische Historiker Boris Wassiljew hat recht, wenn er sagt: *„Unsere wichtigste Aufgabe ist, unseren Enkeln zu helfen, Aggressivität und Mißtrauen, Bosheit und Neid, Angst und Haß zu verlieren. Wir müssen ihnen helfen, den ersten Schritt von der Suche nach Feinden zur Suche nach Freunden zu tun.“* W. Sch.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Friedensbewegung in stürmischen Zeiten

Von Uwe Gartenschlaeger *



Gorbatschow, Jelzin und Breschnew als Matroschka-Puppen – beliebte Souvenirs der Moskauer-Touristen. Foto: W. Schulz

Bürgerkrieg in Georgien, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, Tote bei Unruhen in Mittelasien, Kämpfe in Moldawien – die Lage in dem, was von der Sowjetunion übriggeblieben ist, verdient nichts weniger als die Bezeichnung friedlich. Dennoch soll hier der Versuch unternommen werden, den Menschen und Gruppen nachzuspüren, die mutig und oft isoliert gegen die Welle von Gewalt und Aggression anschwimmen, in der ein Sechstel der Erdoberfläche zu ertrinken droht.

Wie alles begann

Als Michail Gorbatschow 1985 seine Perestrojka begann, rechnete er auf die Hilfe jener Männer und Frauen, die unter der Bezeichnung „**Dissidenten**“ jahrzehntelang von der Sowjetmacht gegängelt und unterdrückt wurden. In diesen Kreisen hatte sich seit dem Tauwetter der Chruschtschow-Zeit eine friedenspolitische Debatte etabliert, die um die Begriffe „atomare Bedrohung“ und „Ost-West Kooperation“ kreisten. Ihre unumstrittene Leitfigur war der Friedensnobelpreisträger von 1975, **Andrej D. Sacharow**.

In der Person des aus einer traditionsreichen Moskauer Gelehrtenfamilie stammenden Kernphysikers – sein Großvater kämpfte an der Seite **Leo Tolstois** für Gewaltfreiheit und Bürgerrechte – spiegelt sich das Schicksal einer ganzen Generation von Oppositionellen. Durch seinen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe war Sacharow lange Zeit ein mit allen Privilegien ausgestattetes Mitglied der Nomenklatura. Die Wende begann Anfang der 60er Jahre, als sich der damals 40jährige in einem offenen Brief an Chruschtschow für das Ende oberirdischer Wasserstoffbombentests einsetzte. Sein 1968 erschienener Essay „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit“ gilt als erstes sowjetisches Plädoyer für eine Entspannungspolitik. Es heißt dort: „Ein Atomkrieg kann nicht mehr als eine Fortsetzung der Politik mit kriegerischen Mitteln (...) betrachtet werden, er ist das Selbstmordmittel für die ganze Welt. Völlige Vernichtung von Städten, Industrie, Transport, das Ende des Erziehungswesens, die Vergiftung der Äcker, des Wassers und der Luft durch Radioaktivität, physische Zerstörung des größten Teils der Menschheit, Armut, Barbarei, Verwilderung und genetische Degeneration der Übriggebliebenen unter der Wirkung der Radioaktivität, Vernichtung der materiellen und geistigen Grundlage der Zivilisation – das ist das Ausmaß der Gefahr, vor der die Welt durch Uneinigkeit der zwei Welt-Supermächte gestellt wird.“

Jedes vernünftige Wesen, das sich plötzlich am Rande des Abgrunds sieht, versucht vor allem vom Rand zurückzutreten... Für die Menschheit wäre das Zurücktreten vom Rand des Abgrunds die Überwindung der Uneinigkeit.“

Leo N. Tolstoj: An das russische Volk

„(...) Diese Vereinigung vieler und verschiedener Völker, die sich Rußland nennt, ist jedoch für euch russische Arbeiter nicht nur nicht notwendig, sondern eben diese Vereinigung ist es, die eine der Hauptursachen eures Elends darstellt.

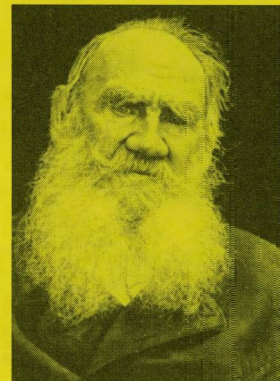
Wenn man euch besteuert und von euch Zölle eintreibt, wie man es auch mit euren Vorfahren tat, dabei kolossale Schulden anhäufte, die ihr bezahlen müßt, wenn man Soldaten aus eurer Mitte nimmt und sie dann nach allen Weltenden aussendet, um mit Menschen zu kämpfen, die nichts mit euch zu tun haben und mit denen ihr nichts zu schaffen habt, so geschieht dies alles einzig deshalb, um dieses Rußland, d. h. die gewaltsame Vereinigung Polens, Finnlands, des Kaukasus, Mittelasiens, der Mandschurei und anderer Länder und Völker, unter einer Gewalt zu erhalten. (...)“

(Aus: „Aufruf an die Russen“, in: Leo N. Tolstoj, Rede gegen den Krieg. Politische Flugschriften, Hrsg. v. Peter Urban, Insel-TB 703, Frankfurt/M. 1983) F. S.

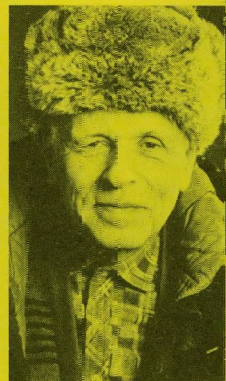
Dieses zentrale friedenspolitische Dokument der Dissidentenbewegung bedeutete das Ende der Karriere seines Verfassers. Den traurigen Schlußpunkt bildet die Verbannung Sacharows 1980 – kurz nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan – nach Gorki. Er wurde erst 1986 von Gorbatschow zurückgeholt.

Anfang der 70er Jahre verdrängte die Menschenrechtsfrage dann in den Diskussionen der Opposition zunehmend friedenspolitische Aspekte. Die mutige Demonstration von acht Intellektuellen im August 1968 auf dem Roten Platz, mit der sie gegen den Einmarsch in die CSSR protestierten, bildete eine wichtige Wegmarke. Als Konsequenz traten immer heftigere Spannungen zur Friedensbewegung des Westens auf, der die sowjetischen Oppositionellen Blauäugigkeit in Bezug auf den Charakter der UdSSR vorwarfen.

So wichtig die Dissidentenbewegung als geistiger und moralischer Bezugspunkt auch für die Friedensbewegung war, sie blieb doch immer eine isolierte, vom Staat leicht zu kontrollierende Gruppe in der Tradition der russischen Intelligenzija. Die überwiegende Mehrheit der SowjetbürgerInnen hatte es sich in ihrer „bequemen Unfreiheit“ (Igor Glijer) behaglich eingerichtet.



Leo N. Tolstoj

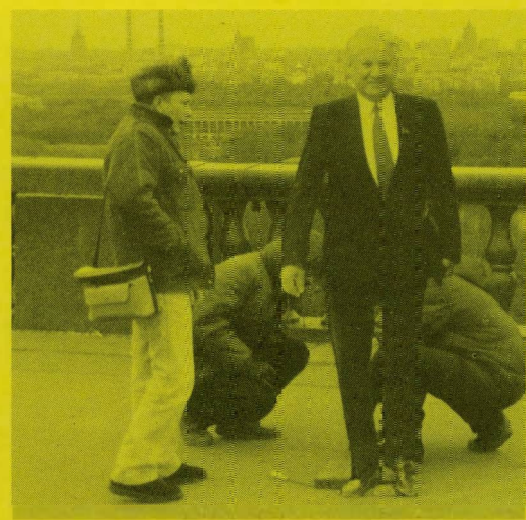


Andrej Sacharow Foto: dpa

Ein Mythos gerät ins Wanken

Mit dem Machtantritt **Michail Gorbatschows** zerbrach das innerlich marode System. Dem Ende der Ost-West-Konfrontation nach außen entsprach eine – durch mancherlei Rückschläge unterbrochene – innere Liberalisierung. Ein buntes Spektrum sogenannter informeller Gruppen entstand. Bereits 1987 wurden ca. 40000 solcher Zusammenschlüsse gezählt.

Bald begann eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Armee. Im Mittelpunkt stand dabei – wie auch überall sonst in der Gesellschaft – die Aufarbeitung des stalinistischen Erbes und der Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“, wie der zweite Weltkrieg in der UdSSR genannt wurde. Der Sieg im Krieg gegen Hitlers Wehrmacht hatte jahrelang als entscheidende Legitimationsgrundlage des Systems fungiert. Wer einmal ein Museum des Großen Vaterländischen Krieges irgendwo in der Sowjetunion besichtigt hat, der vermag viel-



Noch stehen „Gorbatschow“ und „Jelzin“ an den Haltestellen der Sightseeing-Touren

leicht die Bedeutung zu ermessen, die man diesem militärischen Sieg gegeben hat, gleichen doch diese Einrichtungen eher Tempeln als Museen. Und nun enthüllten Historiker wie Juri Afanasjew und die von ihm mitgegründete Gesellschaft „Memorial“, wieviel Verbrechen die Armeeführung in den Stalinjahren auf sich geladen hatte. Filme wie der zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution erschienene Streifen „Mehr Licht“ enthüllten, wie beinahe das gesamte höhere Offizierskorps von Stalin kurz vor Kriegsbeginn ermordet wurde. Schockierte Menschen lasen seitenlange Listen erschossener Generäle. Die Überzeugung machte sich breit, daß die verheerenden Niederlagen gegen die deutschen Aggressoren – und mit ihnen das ganze Leid der Besatzungsjahre – hätten vermieden werden können. Auf den bisher so makellosen Ruf der Streitkräfte war ein tiefer Schatten gefallen.

Eine Armee auf der Anklagebank

Ein weit verheerenderer Schlag für das Ansehen der Sowjetarmee war allerdings der Ausgang des Afghanistan-Abenteuers. War schon allein die Tatsache der Niederlage für ihre erfolgsverwöhnte Führung demütigend, so wirken die Schwierigkeiten bei der Eingliederung der über eine Million **Afganzys**, wie die Afghanistan-Veteranen genannt werden, vollends demoralisierend. Dabei ähneln die Probleme der Soldaten denen ihrer amerikanischen Kollegen nach Vietnam: Alkohol, fehlende Hilfen bei der Wiedereingliederung, kaum Unterstützung für Invalide. Viele klagen über psychische Probleme. „Am Blick erkenne ich sofort, ob einer in Afghanistan gewesen ist. Sie schauen dich zwar an, aber ihre Augen scheinen etwas anderes zu sehen: Autos, die in die Luft fliegen, Kinder, die nur noch Haut und Knochen sind, Freunde, die halb verstümmelt am Boden liegen“, schildert ein Rückkehrer in der Zeitschrift „Sobessednik“ seine Gefühle. Da Staat und Gesellschaft versagen, greift man inzwischen zur Selbstorganisation: In fast jeder Stadt existieren Afganzys-Klubs, im November 1987 fand unweit der turkmenischen Stadt Aschchabad ein erstes unionsweites Treffen statt.

Doch auch der „normale“ Kasernenalltag wird zunehmend kritisch betrachtet. Schikanen durch Vorgesetzte, mangelhafte Versorgung der Rekruten oder der heimatferne Einsatz werden in der Presse breit diskutiert. Insbesondere das System der „Dedowschtschina“ wird dabei an-



Leukämiekranke Kinder aus der Region Tschernobyl
Foto: Stephan Schütze

geprangert. Es ist ein überall verbreitetes, ausgeklügeltes System der Ausbeutung und sadistischen Quälerei der neu eingezogenen Rekruten durch ihre dienstälteren (nicht unbedingt ranghöheren) Kameraden. Nach inoffiziellen Schätzungen sind dabei in einem vergleichbaren Zeitraum mehr Soldaten ums Leben gekommen als in Afghanistan.

Diese Zustände werden aber nicht mehr so widerspruchslos hingenommen wie früher. Besonders die überall entstehenden „**Komitees der Soldatenmütter**“ machen mobil. Sie sind eine inzwischen von Politikern und Militärs gefürchtete Lobby, deren Büros als Anlaufstellen allen Soldaten offenstehen. Hier findet Beratung statt, wird konkrete Hilfe vermittelt. Allein im inzwischen unabhängigen Lettland gingen 1990 über 200 Anfragen ein, 138 Desertieren wurde geholfen, acht Todesfälle publik gemacht. Und obwohl die Komitees nicht grundsätzlich gegen die Armee sind, hat doch die Forderung nach einem „**alternativer Dienst**“ genannten Zivildienst oberste Priorität.

Aber auch weit entfernt von den Zentren regt sich der Widerstand gegen die lange Zeit hochangesehene und verhätschelte Sowjetarmee. So beispielsweise rund um das **Atombombentest-Gelände** bei Semipalatinsk in Kasachstan. Hier wurden in den 50er und 60er Jahren Menschen z. T. systematisch der Radioaktivität ausgesetzt, zahlreiche Todesfälle, Krankheiten und Mißbildungen bei Neugeborenen waren die Folge. Das Tabuthema vergangener Jahre wird heute von einer breiten Bürgerbewegung vor Ort aufgegriffen. Sie erreichte mit Massendemonstrationen, Petitionen und Hungerstreiks einen Teststopp zum 31. Dezember 1989. Ein beachtlicher Erfolg, auch wenn die Militärs kurz darauf ein neues Testgelände auf der Eismeerinsel Novaja Semlja einrichteten.

Brücken bauen

Eine Vielzahl von Aktivitäten setzen auf einer anderen Ebene an. Sie versuchen, die gefährlich lang andauernde internationale Isolation der SowjetbürgerInnen zu durchbrechen und Basiskontakte mit dem Ausland zu organisieren. Daß dabei neben dem friedenspolitischen Aspekt stets auch praktische Fragen im Mittelpunkt stehen, darf in der gegenwärtigen Lage niemanden verwundern.

Ein erfolgreiches Beispiel für diese Arbeit ist die weißrussische Organisation „**Kinder von**

Tschernobyl“, die versucht, ausländische Hilfe für die in den verstrahlten Gebieten lebenden Kinder zu vermitteln. Dazu dienen Medikamentenspenden, die Vermittlung von Ärztepraktika und eine intensive Pressearbeit im In- und Ausland ebenso wie die Organisation von Erholungsurlauben der kranken Kinder im europäischen Ausland, in Australien und Indien.

Mit festen internationalen Partnern arbeitet die Minsker Organisation „**Next Stop New Life**“, die sich neben Projekten im Zusammenhang mit den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe – z. Z. wird mit spanischen, niederländischen und deutschen Partnern ein Erholungslager für verstrahlte Kinder am Baikalsee errichtet – besonders auf dem Feld des internationalen Austausches betätigt. Es werden Sprachkurse organisiert, wissenschaftliches Know-How – besonders in Fragen der Konversion – soll ausgetauscht werden. Ziel ist ein Netzwerk von unabhängigen Basisinitiativen, die den schwierigen Umbauprozess in der ehemaligen UdSSR stützen sollen.

Im Mittelpunkt steht praktische Hilfe

Sicher stehen die Zeichen in der GUS zur Zeit auf Sturm. Nationalismus, soziale Verteilungskämpfe und das aggressive Beharrungsvermögen alter Eliten geben scheinbar wenig Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung. Um so entscheidender bleibt es zu erkennen, daß konkrete Hilfe beim Aufbau neuer politischer gesellschaftlicher aber auch wirtschaftlicher Strukturen auf absehbare Zeit das Hauptanliegen der informellen Gruppen bleibt. Wenn dabei der friedenspolitische Aspekt oft nur ein Moment unter vielen ist, sollte uns das nicht irritieren. ■

Uwe Gartenschlaeger ist Mitarbeiter im Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk e. V., Dortmund (s. Kasten)

Grenzen überwinden

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk

Aus der Überzeugung, daß es eine friedvolle Zukunft nur gibt, wo das Vergangene miteinbezogen wird, wurde 1986 das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk e. V. mit Sitz in Dortmund gegründet.

Die Idee dazu entstand aus dem gemeinsamen Engagement der InitiatorInnen in der Friedensbewegung und in der Beratungsstelle für KDV und ZDL der Ev. Kirche von Westfalen.

Inzwischen ist aus dem „kleinen“ gemeinnützigen Verein ein u. a. vom Land NRW und der evang. Kirche von Westfalen gefördertes Bildungswerk mit 7 hauptamtlichen und 20 nebenamtlichen MitarbeiterInnen geworden. Jährlich werden mit mehreren hundert TeilnehmerInnen Begegnungsreisen und Studienseminare in der GUS, in Polen, den Niederlanden und in Weimar/Buchenwald durchgeführt.

Das umfangreiche Programm für 1992 enthält ca. 40 Studienreisen und Begegnungen. Das Programm und ausführliche Infos können bestellt werden bei: Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e. V. (IBB), Reinoldistr. 2-4, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/528741



zum Gruppenfoto bereit.

Zukunfts- dienst

Eine Zivi-Gruppe aus Württemberg besuchte in Moskau den KDVer und Aktion-Sühnezeichen-Freiwilligen Bernhard Redecker, den ersten „ZDL“ in der ehemaligen Sowjetunion

Ein Bericht von Werner Schulz

Die Nachricht von dem „jungen Deutschen mit den gelben Gummihandschuhen“ habe sich wie ein Lauffeuer im Moskauer Krankenhaus Nr. 15 verbreitet. Regelrecht „gepilgert“ seien die Patienten in die Neurologiestation im siebten Stock, um dort den jungen Mann zu bestaunen, der beim Bodenwischen oder Waschbeckenscheuern immer diese riesigen gelben Ungetüme an den Händen trug. Der junge Deutsche heißt Bernhard Redecker, ist 22 und KDVer aus Witten. Als wir Bernhard im Advent 91 in Moskau besuchen, erzählt er von seinen ersten Erlebnissen als Aktion-Sühnezeichen-Freiwilliger in einem russischen Krankenhaus. Bezeichnenderweise sind es die lustigen Geschichten, die ihm zuerst einfallen. Daß er tatsächlich ziemlich heftig mit dem Brechreiz zu kämpfen hatte, als er zum allerersten Mal ein stickiges Krankenzimmer betrat, davon spricht er erst viel später. Sechs Patienten und jeweils mindestens ein Familienangehöriger seien in dem engen Raum gewesen, die Luft im Krankenzimmer und in der zugehörigen „Naßzelle“ zum Schneiden. Auch in den anderen Zimmern habe es nicht besser ausgesehen. Mehr als ein Jahr lang, so erfährt er inzwischen, hatte es auf seiner Station keine Putzfrau mehr gegeben, putzen sei Sache der Schwestern gewesen, aber die waren – und sind – schon mit der Pflege der Patienten völlig überlastet. Die Folgen dieser chronischen Personalnot, so Bernhard, seien damals nicht mehr zu „überriechen“ und auf den Böden stellenweise in Millimetern zu messen gewesen.

Bis zu 70 % des Staatshaushalts für die Rüstung

Inzwischen gehört der Putzdienst längst zu Bernhards üblichem Tagesablauf. Daneben hilft er mit in der Pflege und die Ärztinnen und Ärzte haben ihn in den vergangenen Monaten zu so einer Art „Hilfsmasseur“ ausgebildet. Vor allem in den Bereichen der Reinigung und der Pflege herrscht seit Jahren katastrophaler Personalmangel in den russischen Kliniken, das bestätigt uns auch Professor Anatoly Fedin, der Leiter der Neurologie im Krankenhaus Nr. 15 und Bernhards Chef. Überhaupt, so fügt der Professor hinzu, sei die Versorgung des medizinischen Bereichs in der damaligen Sowjetunion schon immer „ungenügend“ gewesen. Und Prof. Fedin scheut sich keine Sekunde, uns auch die Gründe für diesen Mangel zu nennen:



Prof. Fedin (re.) und Bernhard Redecker im Gespräch mit der ZDL-Gruppe.

Fotos: W. Schulz

„Warum? 60-70 % unseres Staatshaushaltes sind bisher für die Rüstung verbraucht worden.“ Für die Versorgung der Alten, Kranken und Behinderten fielen da kaum die allernotwendigsten Geldmittel ab. Nach wie vor fehlt es heute in den Krankenhäusern an den elementarsten Gerätschaften und noch die einfachsten Medikamente sind absolute Mangelware. Aber wenigstens teilweise konnte Prof. Fedin und sein Ärzteteam diese chronische Not inzwischen in eine Tugend umwandeln: An seinem Lehrstuhl für klinische Medizin an der Universität Moskau entwickelte Prof. Fedin die sog. Manualtherapie, ein sorgsam abgestimmtes Zusammenspiel von Akkupressur, Massage, Chiropraktik und anderen Therapieformen, die ohne teure Geräte und Chemie auskommen. Außerdem hat Prof. Fedin auf seiner Station ein Computerprogramm entwickelt, mit dessen Hilfe nach Eingabe der Krankheitsdiagnose eine Rezeptur für Kräutertees erstellt wird. Mit diesen „sanften“ Heilmethoden werden im Krankenhaus Nr. 15 bereits gute Erfolge erzielt und die Moskauer Ärzte suchen inzwischen Partner, um ihre Erfahrungen auch nach Deutschland zu „exportieren“.

Den deutschen KDVer, die ihn und Bernhard auf seiner Station besuchen, begegnet Prof. Fedin überaus herzlich und mit spürbarer Sympathie. Er hoffe sehnlich, so erklärt er, daß bald auch die russische Regierung das Recht auf KDVer anerkenne: „Wir müssen endlich und ein für alle Mal Schluß machen damit, daß Leute in eurem Alter wegen ihrer Haltung als Verbrecher abgestempelt werden.“ Und als Klinikchef setzt er natürlich auch sehr viele Hoffnungen in den ganz praktischen Nutzen der KDVer im Zivildienst. „Wenn es die Wahl zwischen Arme und alternativem Dienst gäbe“, so seine Überzeugung, „wären die Probleme beim Pflegepersonal gelöst.“



Daß es am Reinigungspersonal im Krankenhaus mangelt, ist nicht zu übersehen.



Bernhard Redecker beim Massieren (natürlich ohne die berühmten „gelben Gummihandschuhe“)

„Ehren-Zivi“ von Moskau?

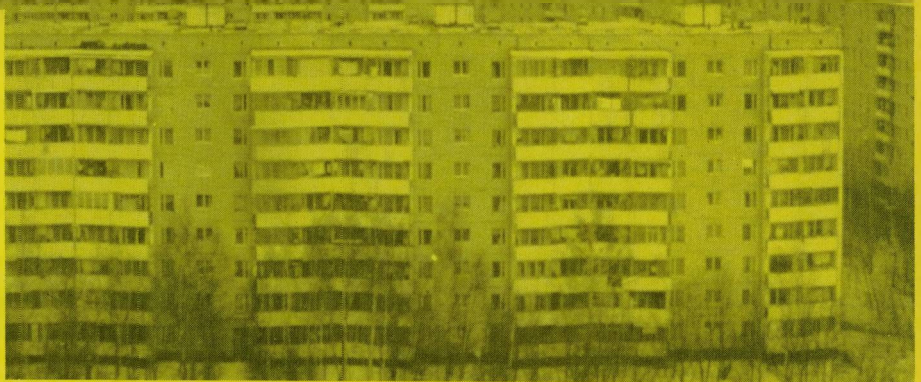
Auf den „Bernhard mit den gelben Gummihandschuhen“ ist der Neurologie-Professor ganz besonders stolz. Mit seiner Hilfe konnten im vergangenen Jahr etwa fünf Kubikmeter dringend benötigte Medikamente ins Krankenhaus Nr. 15 geliefert und dort sortiert werden, eine Spendenaktion, die von einer ZDL-Gruppe aus Württemberg initiiert wurde (siehe auch S. 20).

Und außerdem sei Bernhard ja der erste Zivi überhaupt, der in der ehemaligen Sowjetunion seinen Dienst leiste. Einige Zeitungen und sogar das russische Fernsehen hätten bereits ausführlich über seine Motive und seinen Einsatz berichtet. Über diese Verbreitung in den Medien trage Bernhards freiwilliger Dienst sicher erheblich mit dazu bei, die Diskussion um die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes in die russische Öffentlichkeit zu tragen. Und wenn es denn – „vielleicht ja schon bald“ – endlich zu einem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst in seiner Heimat käme, dann, so Prof. Fedin augenzwinkernd, „wird Bernhard bestimmt Ehrenbürger von Moskau“.

Ganz so hoch will der selbst freilich seine Verdienste dann doch nicht hängen. In den Gesprächen mit seinen Kollegen aus der Bundesrepublik geht es ihm weit mehr um die Menschen, mit denen er es tagtäglich zu tun hat und um die „wahnsinnig wertvollen Erfahrungen“, die er während seines 17monatigen Dienstes in Moskau macht. Bernhard spricht inzwischen fließend Russisch. „Manche Leute“, so berichtet er, „waren geradezu gerührt, wenn sie davon erfuhren, daß ich als Deutscher hier Zivildienst mache.“ Und manchmal erzählen ihm auch heute noch ältere Männer von ihren Kriegserlebnissen in Deutschland, wobei Bernhard immer wieder mit Erstaunen festgestellt: „Es sind ausschließlich die positiven Erlebnisse mit den Deutschen, die dann in den Vordergrund gestellt werden. Es ist einfach verblüffend.“ Zu Hause habe er noch versucht, sich darauf einzustellen, daß ihn in Moskau vermutlich auf Schritt und Tritt die deutsche Geschichte einholen werde, aber diese Befürchtungen hätten sich in keiner Weise erfüllt: „Noch kein einziges Mal haben mich die Menschen hier an die Greuel der Nazis erinnert.“ Und diese überraschende Erfahrung hätte für ihn inzwischen auch ein Stück weit den eigentlichen Sinn seines freiwilligen Friedensdienstes in der ehemaligen Sowjetunion verändert: „Ich sehe es nicht mehr so sehr als einen Versöhnungsdienst im Rückblick auf die Vergangenheit, sondern inzwischen eher als eine Art ‚Zukunftsdiens‘, als eine Zeichen für die Zeiten, die auf uns zukommen und in denen wir hoffentlich viel Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Russen erleben werden.“

Neue Rollen für Deutsche

Auch die gesamten Erlebnisse unserer Reisegruppe bestätigen, daß das Bild vom „kriegslüsternden Nazi-Deutschen“ tatsächlich aus den Köpfen der Menschen verschwunden ist, auch



Blick vom 7. Stock des Krankenhauses Nr. 15 auf die umliegenden Wohnhäuser.

wenn uns das, wie Bernhard meint, „keine 50 Jahre nach Kriegsende unerwartet früh erscheint.“ Stattdessen aber werden Deutsche in Moskau nicht selten mit neuen Rollenzuschreibungen und manchmal auch mit Klischees konfrontiert, auf die sie nun gar nicht vorbereitet sind und mit denen sie deshalb vielleicht noch schlechter zurechtkommen. Die Sache mit dem „barmherzigen Deutschen“ zum Beispiel. Bernhard erzählt: „Es kamen plötzlich Leute zu mir und sagten: Wir haben ein Paket aus Deutschland bekommen und wir möchten uns dafür bei dir bedanken.“ Was soll er als junger Deutscher darauf einer russischen Oma antworten?

Oder wie reagiert man auf die neue Rolle als „der reiche Deutsche“, der man schon allein deshalb ist, weil man D-Mark in der Tasche hat? Auf die Vorstellung von einem Deutschland, in dem die Supermärkte überfließen und die Menschen glücklich und zufrieden sein müßten? Kann man da einfach sagen: Das stimmt doch so alles nicht? Oder das Klischee vom „pünktlichen Deutschen“, der immer brav auf der Matte steht, nie blau macht, sondern immer fleißig und präzise arbeitet. Sind wir wirklich so? Und schließlich: Einer wie Bernhard wird für viele eben auch der „sonderbare Deutsche“ sein müssen, nicht nur wegen der gelben Gummihand-

schuhe: „Die Menschen hier verstehen einfach nicht“, so seine Erfahrung, „wie jemand aus den deutschen Wohlstandsverhältnissen freiwillig ausreisen kann, um dann in die Sowjetunion zu ziehen und hier unter den viel schlechteren Bedingungen zu arbeiten. Die sagen mir: ‚Wie es hier aussieht, das kannst du doch als Tourist in einer Woche sehen.‘“ Und auch wenn Bernhard mit Soldaten ins Gespräch kommt, wird es für ihn oft ziemlich schwierig: „Viele sagen, den Dienst in der russischen Armee, den würden sie auch gerne verweigern, aber in der US-Army oder in der Bundeswehr zu dienen, damit hätten sie keine Probleme.“ Zu erklären, warum er und zunehmend mehr Menschen in der Bundesrepublik die Armeen grundsätzlich ablehnen, das ist, so Bernhard, „nicht immer machbar.“

Bernhard Redeckers freiwilliger Friedensdienst in Moskau endet im März; Nachfolger – und neue Finanzierungsquellen! – werden dringend gesucht. Interessenten können sich an folgende Adressen wenden:
Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (Dachorganisation): Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229192.
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: Jebenstraße 1, 1000 Berlin 12, Tel. 030/310261 ■



Das Krankenhaus Nr. 15 gehört mit 2000 Betten zu den größten der insges. 70 Moskauer Krankenhäuser.

Die Fiktion des legalen Machtwechsels

Der Putsch in der Sowjetunion aus der Sicht des zivilen Widerstandes

Von Stefan Schulz*

Drei Tage im August 1991 hielt ein Putsch reaktionärer Kräfte buchstäblich die ganze Welt in Atem. Acht Verschwörer hatten den sowjetischen Präsidenten Gorbatschow gefangengesetzt, sich an die Macht geputscht und inständig gehofft, Perestrojka und Glasnost in der UdSSR beseitigen zu können. Der Putsch scheiterte jedoch – insbesondere aufgrund der Bereitschaft der Menschen, zivilen Widerstand zu leisten.

Als am Morgen des 19. August 1991 ein Lastwagen mit Soldaten an der Basilius-Kathedrale hinter dem Roten Platz in Moskau vorgefahren war, interessierte sich noch niemand für ihn. Mannschaftstransporte im Zentrum der sowjetischen Hauptstadt waren durchaus nichts Ungewöhnliches. Was an diesem Tage jedoch unüblich war, waren die Militärkolonnen, die ab zehn Uhr früh auf Moskau und Leningrad zurollten. Bis zum Mittag sollten sie an neuralgischen Punkten der Stadt „Sicherheit und Ordnung“ gewährleisten.

Ein „Staatskomitee für den Ausnahmezustand in der UdSSR“ hatte den Notstand verhängt und die Macht übernommen. Seit sechs Uhr früh ließ man über Radio und Fernsehen verlauten, Staatspräsident Gorbatschow sei erkrankt und seine Vollmachten über nun das

Staatskomitee aus – an der Spitze der vormalige Vizepräsident Gennadi Janajew. Zu den acht Verschwörern zählten ausschließlich höchste Vertreter aus Staat, KPdSU, Armee und militärisch-industriellem Komplex, so u. a. der sowjetische Ministerpräsident, der Verteidigungsminister und der KGB-Chef. Sie alle waren Verlierer der Perestrojka.

Der Termin des Staatsstreiches schien günstig. Zum einen stand am 20. August die Unterzeichnung des Neuen Unionsvertrages bevor, der den Republikanern wesentliche politische Zugeständnisse auf Kosten der Gesamt-Union machte. Zum zweiten hatte der russische Präsident Boris Jelzin am 4. August einen Erlaß zum Verbot von Parteiorganisationen in Behörden und Betrieben in Kraft gesetzt, der faktisch die KPdSU ins Mark treffen mußte.



19.8.91: Auf dem Moskauer Manegeplatz haben Demonstranten einen Panzer besetzt. Fotos: dpa

Jelzin setzte auf zivilen Widerstand

Wie war auf diesen Staatsstreich zu reagieren? Es verwundert nicht, daß der wichtigste Gegenspieler der Putschisten in den folgenden Tagen, der russische Präsident Jelzin, insbesondere wegen der gewaltsamen Bedrohung durch Panzer und Soldaten in Moskau zu Formen des zivilen Widerstandes griff. Macht hängt von Gehorsam und Mitarbeit der Beherrschten oder der zu Beherrschenden ab, deshalb baut die Theorie des zivilen Widerstandes darauf auf, die Macht der Herrschenden zu kontrollieren oder zu unterlaufen, indem man ihnen zielbewußt Gehorsam und Zusammenarbeit verweigert. Herausragende Mittel zur Abwehr eines Staatsstreiches sind u. a.:

- **Schutz der Regierung** im Volk,
- **Bildung einer Ersatzregierung,**
- **Nichtzusammenarbeit** von Verwaltung/Bürokratie,
- **Nichtzusammenarbeit** der Medien,
- **Überredung** der Soldaten zur Aufgabe,
- **Demonstrationen** und Proteste sowie
- ein **Generalstreik.**

Zunächst zerstörte der russische Präsident Jelzin die Fiktion eines legalen Machtwechsels. Einem Verhaftungsversuch entkommen, wandte er sich in einer Erklärung „An die Bürger Rußlands“: Darin qualifizierte er den Vorgang als Staatsstreich und rief zum Generalstreik auf. In gezielten Sätzen verurteilte Jelzin den Putsch als „rechts“ und „antikonstitutionell“, unterstellte sämtliche Beamte, Polizisten und Soldaten in Rußland seinem Oberkommando, erklärte die Erlasse des Staatskomitees für null und nichtig und unterschrieb einen Erlaß über die Schaffung einer Exilregierung. Als Quartier sollte ein unterirdischer Bunker in Swerdlowsk dienen.



19.8.91: Auf dem Manegeplatz in Moskau umringen Demonstranten Soldaten auf einem Panzerwagen.



Auch die verbotenen Medien hatten am zweiten Tag ihre Mut- und Sprachlosigkeit überwunden. „Moskowskije Nowosti“ hatte in einem Redaktionsfenster ein eigenes „Radio“ mit einem Lautsprecher eingerichtet, das Nachrichten und Appelle der russischen Führung verlas. Unter dem Dach dieser Zeitung gründeten dann elf verbotene Zeitungen die „Obtschtschaja Gaseta“ (Gemeinsame Zeitung).

Die Saat der Perestroika

Aufgrund dieses entschlossenen Widerstandes und der Nichtzusammenarbeit von Armee, Medien und dem Volk mit den Putschisten – Formen des zivilen Widerstandes –, gaben die Verschwörer am dritten Tag auf.

Die Zerstörung der Fiktion von einem legalen Machtwechsel durch Präsident Jelzin war dabei eines der wichtigsten Elemente. Erst durch diese Erklärung erhielt der gewaltlose Widerstand aus den verschiedensten Teilen des Volkes, der Medien und der Armee Rückhalt. Wie die Befehlsverweigerungen der Soldaten überdies dokumentieren, war die Saat der Perestroika – Keimformen selbständigen Denkens – selbst in den Sicherheitsorganen aufgegangen. Insofern ist die Abwehr des Staatsstreiches in der UdSSR mit den Mitteln des zivilen Widerstandes letztlich auch eine Konsequenz aus der sowjetischen Umgestaltung, aus der Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Systems.

*Stefan Schulz ist Diplom-Politologe in Berlin.

Information der Öffentlichkeit

Aufgerufen durch die zeitweilig sendende kritische Radiostation „Echo Moskau“ und informiert über rund 300 000 Flugblätter, die die verbotene Zeitung „Moskowskije Nowosti“ drucken und verteilen ließ und die die Aufrufe und Erlasse Jelzins enthielten, versammelten sich Zehntausende unbewaffnet vor dem Parlamentsgebäude, in das sich die russische Führung zurückgezogen hatte. Wie bereits im Januar 1991 im Baltikum waren die Menschen entschlossen, das Parlament durch ihre bloße Anwesenheit zu verteidigen. Das Volk schützte das Parlament durch massenhafte Präsenz. Spontane Kundgebungen und Demonstrationen auf anderen Plätzen Moskaus sowie in Leningrad folgten.

Parlamentarier Rußlands begannen, die Soldaten in den Panzern auf Moskaus Straßen zu bewegen, nicht auf das Volk zu schießen. Sie sollten überredet werden abzuziehen. Daraufhin schloß sich am Abend des ersten Tages eine Einheit der nach Moskau beorderten Truppen Jelzin an. Die Soldaten versicherten, nicht auf das Volk zu schießen.

Am zweiten Tag, dem 20. August, versammelten sich etwa 100 000 Menschen friedlich vor dem russischen Parlament. Die ersten Belegschaften waren schon am Morgen in den Streik getreten. Im nordrussischen Workuta wurden fünf von dreizehn Bergwerken, im Kohlegebiet Kusnezsk die Hälfte der Gruben gestreikt. Dennoch: Der Aufruf zum Generalstreik verhallte vorerst ungehört. Jelzin vermochte trotzdem den Verlauf der Krise auf zweierlei Weise entscheidend zu beeinflussen: Die Armee mußte ihre innere Spaltung offenbaren; und die Regierungen des Westens machten Jelzins Forderungen an die Kreml-Junta zu ihren eigenen.

Inzwischen hatte die KGB-Eliteeinheit „Alpha“, die an dem gewaltsamen Miniputsch in Wilna im Januar 1991 und dem Gemetzel in Tiflis 1989 beteiligt war, bereits einmal den Befehl des KGB-Chefs Krjutschkow verweigert, das russische Parlament zu stürmen. Sie sollte es noch dreimal tun.



19.8.91: Von einem Panzer vor dem russ. Regierungsgebäude aus, ruft der russische Präsident Boris Jelzin (li.) zum Generalstreik auf.



20.8.91: MoskauerInnen haben einen Panzer umringt und versuchen, die Soldaten zum Aufgeben zu überreden.



21.8.91: In der Nähe des russ. Regierungsgebäudes unterstützen BürgerInnen Soldaten, die den Putsch nicht mittragen wollen.



20.8.91: Ununterbrochen, auch während der Nacht, diskutieren die MoskauerInnen mit den vorgerückten Soldaten.

Kennwort: Zivis für Moskau

Eine ZDL-Gruppe aus Stuttgart startet eine Hilfsaktion für ein Krankenhaus und ein Kinderheim

Von Werner Schulz



Der Rote Platz in Moskau.

Foto: Andreas Schenk

Am Anfang war der Frust:

„Ich hatte mich durchaus innerlich schon zu Hause auf einiges vorbereitet – aber nicht auf im Halbdunkel des Smogs liegende, graue Trabantenstädte, Schmutz, leere Lebensmittelläden und Menschen, denen die schlechte Situation Rußlands ins Gesicht geschrieben steht. Nach den ersten Tagen dachte ich: Mein Gott, hoffentlich geht's nicht so weiter.“

ZDL Philipp aus Wernau schildert die Stimmung, die ihn nach drei Tagen Moskau beschlich. Philipp ist einer von 25 Zivis, die im vergangenen Dezember während einer sog. Rüstzeit für ZDL – veranstaltet vom Stuttgarter Pfarramt für KDV – eine Woche lang die russische Hauptstadt besuchten. Und ähnlich wie ihm ging es auch den meisten anderen in der Gruppe. Im Moskau der „Wirren-Zeit“, wie die Russen die Nach-Perestroika-Ära nennen, kommt beim deutschen Besucher alles andere als Urlaubsstimmung auf. Die katastrophale Versorgungslage in der Weltstadt ist auf Schritt und Tritt spürbar und augenfällig, nicht nur beim Blick auf die leeren Regale in den Geschäften: Da jagen schon kleine Buben den ohnehin raren Touristen hinterher und versuchen Postkarten, Anstecker oder Mützen der Roten Armee loszuwerden. Da sitzen hochbetagte Frauen bei klirrender Kälte in den U-Bahn-Eingängen, bieten eine handvoll Gemüse, winzige Ikonen-Bildchen oder Bonbons – einzeln – zum Kauf an. Und andere Greisinnen, die nichts mehr zu verkaufen haben, singen mit hoher Stimme alte russische Lieder. Selten allerdings sieht man Menschen, die einfach nur datsitzen und betteln. Irgendetwas, und sei es nur eine Melodie, wollen in Rußland auch die Ärmsten der Armen als „Gegengeschenk“ zurückgeben.

Nur ein paar Kopeken halten die Frauen in ihren faltigen Händen, kleine Münzen, die sich in deutsches Geld schon gar nicht mehr umrechnen lassen, nur den Bruchteil eines Pfennigs wert sind. Das Durchschnittseinkommen in Rußland beträgt etwa 400 Rubel. Aber schon



Gruppenbild in eisiger Kälte.

Foto: Werner Schulz

vor Freigabe der Preise kostete ein Brot bereits mindestens 5 Rubel. 400 Rubel, die bekam man bei unserer Ankunft beim Schwarzumtausch für 13 Mark, drei Tage später schon für nicht einmal mehr acht Deutsche Mark.

„Es gibt nichts Gutes...“

Wer gesund ist, wer Arbeit und Beziehungen hat, über Familie, Kollegen, Freunde, der kommt gerade so durch. Aber schlimm trifft es diejenigen, die alleine sind, die Alten, die Kranken und Behinderten, die Kinder in den Heimen. In zahlreichen Gesprächen vor Ort erfahren wir, daß es für diese Menschen so ziemlich an allem fehlt: Lebensmittel (v. a. Babynahrung), Kleidung, Kinderschuhe, Brillengestelle, Einwegspritzen, Infusionssysteme und tatsächlich alle Arten von Medikamenten.

Wo man als Deutscher mit derart massivem und existentiellen Mangel konfrontiert wird – in unserem Fall noch dazu in der Vor-Weihnachtszeit – da drücken diese Erfahrungen und Erlebnisse spürbar auf die Stimmung, die Situation erscheint nur noch düster, traurig, fast hoffnungslos. Aber dann ergaben sich für die ZDL-Gruppe am vierten Tag in Moskau sogar gleich zwei Wege, um aus diesem „Tief“ herauszukommen, ohne einfach die Augen zu verschlie-

ßen: Den ersten Weg eröffnete uns die Nähe zu den Menschen in dieser Stadt. Vor allem unser Besuch in einem Gymnasium für Filmkunst wurde zum urplötzlichen Wendepunkt der Stimmungslage. Die Gespräche mit den fast gleichaltrigen Schülern und v. a. Schülerinnen (!) waren derart intensiv, freundschaftlich und lebendig, daß es spontan zu etlichen Verabredungen, Einladungen und Familienbesuchen am Abend kam. Und das spontan organisierte Fest, tags darauf, im Atelier der Moskauer Künstlerin Julia Judro, wurde für viele zu einem echten Höhepunkt der Reise.

Und der zweite Weg – nach nächtlicher und intensiver Diskussion geboren – der hat inzwischen schon einen Namen und auch eine Kontonummer: „Zivis für Moskau“, so das Kennwort der Spendenaktion, die die ZDL jetzt in Stuttgart gegründet haben. Getreu dem Motto: „Es gibt nichts Gutes – außer man tut es!“ wollen die Zivis nicht einfach nur die Zustände beklagen, sondern einen entscheidenden Schritt weiter gehen und konkrete, materielle Hilfe auf den Weg bringen. Natürlich wissen alle, daß langfristig gesehen solche Aktionen keine wirkliche Hilfe darstellen – aber deshalb einfach gar nichts tun?

... außer man tut es“

Funktionieren soll die Sache, die dringend noch Unterstützer und Nachahmer sucht, folgendermaßen:

– Die „Evangelische Gesellschaft Stuttgart“, eine der größten Einrichtungen kirchlicher Sozialarbeit im Stuttgarter Raum, hat die formale Trägerschaft der Aktion übernommen und zur treuhänderischen Verwaltung der Spendengelder ein Konto eingerichtet (Kto.-Nr. siehe unten).

– Auf diesem Konto werden Spenden von Einzelpersonen (jede Mark ist wichtig!), Firmen, Gemeinden... gesammelt.

– Mit dem Geld werden dann die am dringendsten benötigten Dinge eingekauft, die der Gruppe bereits auf „Wunschlisten“ von den Partnern in Moskau mitgeteilt wurden. (Lebensmittel, Medikamente und medizinische Hilfsmittel.)

– Nach Moskau transportiert werden die Hilfsgüter per LKW, unter Führung erfahrener Konvoi-Spezialisten (THW, JUH oder DRK).

– Vor Ort in Moskau werden die Hilfsgüter von Mitgliedern der Gruppe direkt den – inzwischen persönlich bekannten – Partnern übergeben.

– Diese Partner sind: Das Krankenhaus Nr. 15 (s. a. Bericht S. 16/17) und ein Kinderheim des Danilov-Klosters.

Somit ist sicher gewährleistet, daß die Spenden auch tatsächlich die Bedürftigen erreichen.

Und jetzt hoffen die Zivis nur noch daß auch wirklich genügend Spenden eingehen.

Einen ersten Erfolg konnten die engagierten Zivis bereits an Land ziehen: Die Rock- und Bluesbands „Rodgau Monotones“, „Blueskraft“ und „Huch!“ erklärten sich bereit zu einem großen Benefiz-Konzert. Und organisiert hat diese Geschichte der ZDL Philipp aus Wernau. Selbstverständlich kommt der gesamte Reinerlös dieses Spektakels auf das Konto mit dem Kennwort:

„Zivis für Moskau“, Evang. Kreditgenossenschaft Stuttgart, BLZ: 600 606 06, Konto-Nr. 100 405 035 (Spendenquittungen werden auf Wunsch erstellt, bitte vermerken). Kontaktadresse: Michael Vöhringer, Schorndorfer Str. 99, 7060 Schorndorf. ■

Du bist schuld, daß es zuwenig Wohnungen gibt in Deutschland !!

Tja, da muß ich wohl irgendwas falsch gemacht haben mit meiner Wohnungsbaupolitik!

«O» wie Osman

„Hallo, hier spricht Hedwig Prizibilsky!“

„Ja, guten Tag, hier ist Osman Engin. Ich habe von einem Arbeitskollegen gehört, daß Sie seit einem halben Jahr eine Dachgeschoßwohnung freistehen haben. Und da wollte ich Sie mal so fragen...“

„Ostmann? Sagten Sie Ostmann?“

„Nein, nein. Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe mich vielleicht nicht deutlich ausgedrückt, Frau Prizibilsky, mein Name ist Os-man! Osman Engin.“

„Holzmann, Holzmann-Erwin? Ich kenne gar keinen Erwin Holzmann. Oder vielleicht doch, ich kann mich überhaupt nicht daran erinnern.“

„Frau Prizibilsky, ich bin ganz Ihrer Meinung! Keine Wohnung sollte so lange freistehen. Deshalb möchte ich Sie höflich bitten, mir zu sagen, wie hoch die Miete...“

„Höflich? Ich höre immer 'höflich'! Ich finde es mehrmals unhöflich, daß Sie mir nicht Ihren Namen sagen. Unter zivilisierten Menschen ist das so üblich.“

„Entschuldigen Sie, das tut mir wirklich leid. Da habe ich doch glatt vergessen, meinen Namen zu nennen. Ich heiße Osman, Osman Engin, und weil ich gehört habe, daß Sie eine sehr schöne Wohnung...“

„Jetzt habe ich Ihren Namen endlich verstanden. Ich glaube, ich kenne Sie. Irgendwie kommen Sie mir bekannt vor, Herr Rossmann...“

„Nein, Osman...“

„Bitte, bitte, bitte nicht unterbrechen. Ich habe es gleich... Rossmann, Sie wohnen doch direkt neben dem Waschsalon!“

„Ich wohne im Waschsalon, wenn ich nicht bald eine neue Wohnung habe!“

„Im Waschsalon? Aber Herr Rossmann!!“

„Liebe Frau Prizibilsky, ich buchstabiere jetzt meinen Namen noch einmal: Also 'O', wie wie, wie: 'O' wie Osman, und ich rufe an, weil ich wissen will, was mit der Wohnung...“

„Ah, sagen Sie doch gleich. Jetzt fällt es mir wieder ein. Sie wollen das neue Telefon bringen. Sie sind der Postmann!“

(Du taube Nuß, du brauchst kein Telefon, du brauchst ein Hörgerät, aber mit 1000-Watt-Verstärker.)

„Gnädige Frau, es tut mir unendlich leid. Ich weiß, Sie haben lange auf Ihr Telefon gewartet. Ich muß Sie enttäuschen. Ich sehe vielleicht so aus, aber ich bin nicht der Postmann. Auch nicht der Milchmann. Aber ich kenne jemanden bei der Post. Wenn Sie wollen, kann ich meine Beziehungen spielen lassen.“

„Wenn Sie das neue Telefon nicht bringen wollen, was wollen Sie dann eigentlich von mir, Herr Postmann?“

„Frau Prizibilsky, versuchen wir es andersrum. Gehen Sie doch mal vor die Tür, und halten Sie die ersten drei Schwarzhhaarigen mit möglichst langem Schnurrbart an. Mit Sicherheit heißt einer von den dreien 'Osman'.“

„Warum sagen Sie es dann nicht gleich. Sie sind von der Firma Osram, die Birne.“

„Nein, die Gurke. Bei Allah, ich heiße Osman. Schluchz..., schluchz..., Os-man!“

„Aber das ist kein Grund, traurig zu sein. Das kann doch jedem passieren, Herr Kloßmann.“

„Okay, Sie haben gewonnen: Ich heiße gar nicht Osman. Ab jetzt bin ich Ali. Wie Ali Baba und die 40 Räuber. Aber ich bin nur Ali, ohne Baba, und Räuber kenne ich auch keine.“

„Heinz Herbert, Liebling! Jetzt habe ich dich erkannt. Du willst mich nur wieder auf den Arm nehmen. Du Schlimmer. Fast hätte ich dir das geglaubt mit dem Ali Baba.“

„Verzeihen Sie bitte. Da liegt ein Mißverständnis vor. Ich bin noch nicht Ihr Liebling. Wir könnten es zwar mal probieren, nur meine Frau darf davon nichts erfahren. Wenn Sie wollen, können Sie mich 'Osi' nennen. Das ist die Abkürzung von Osman.“

„Also, Herr Nußmann, ich weiß auch nicht. Sie gehen aber ran! Irgendwie haben Sie auch so einen komischen Akzent. Sind Sie vielleicht kein Deutscher?!!“

„Im Prinzip haben Sie nicht unrecht, Frau Prizibilsky. So was wie mich nennt man bei uns in der Türkei Deutschling. Aber können Sie mir bitte sagen, wie hoch die Miete sein soll für Ihre freie Woh...“

„Tuuuuuuuut, tuuuuuuuut, tuuuuuuuut!!“ ■

Aus: Osman Engin, „Der Sperrmüll-Efendi“, rororo-Tomate Nr. 12916. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.



Wössner

Zeichnung: Freimut Wössner

„Die Narmada ist unsere Mutter!“

Der Kampf indischer Stammesangehöriger gegen Großstaudämme wurde mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet

Von Rainer Hörig

Mit zivilem Ungehorsam und Blockaden leisteten viele tausend Landbewohner im Narmadatal Widerstand gegen eine ganze Serie von Großstaudämmen. Über eine Million Menschen, in der Mehrheit Adivasi, also Stammesangehörige, werden in den kommenden fünfzig Jahren auch die letzten kläglichen Reste ihrer Lebensgrundlage verlieren, wenn das von der Weltbank unterstützte, gigantische Wasserbauprojekt am Namada-Fluß verwirklicht wird. Die Regierungen der drei ausführenden Unionsstaaten reagieren zunehmend repressiv, um das Lauffeuer des Widerstandes zu ersticken.

Im Dezember wurde die „Bewegung zur Rettung der Narmada“ (Narmada Bachao Andolan) einer breiten Weltöffentlichkeit bekannt durch die Auszeichnung mit dem alternativen Nobelpreis der Uexküll-Stiftung. In der Bundesrepublik und anderen Industriestaaten haben sich Bürgerinitiativen in einem breiten Bündnis zur Unterstützung der Narmada-Bewegung zusammengeschlossen.

Ein Dorf am Narmada-Fluß

Katore sieht so aus, wie man sich ein indisches Dorf vorstellt. Strohggedeckte Lehmhäuser sind um einen zentralen Platz gruppiert, wo Kinder spielen und Büffel grasen. Mit blitzblanken Messingkrügen voller Wasser kehren die Frauen vom Fluß zurück. Ein Bauer steuert seinen mit Futtergras hoch beladenen Ochsenkarren über den Schotterweg, der Katore mit der Außenwelt verbindet.

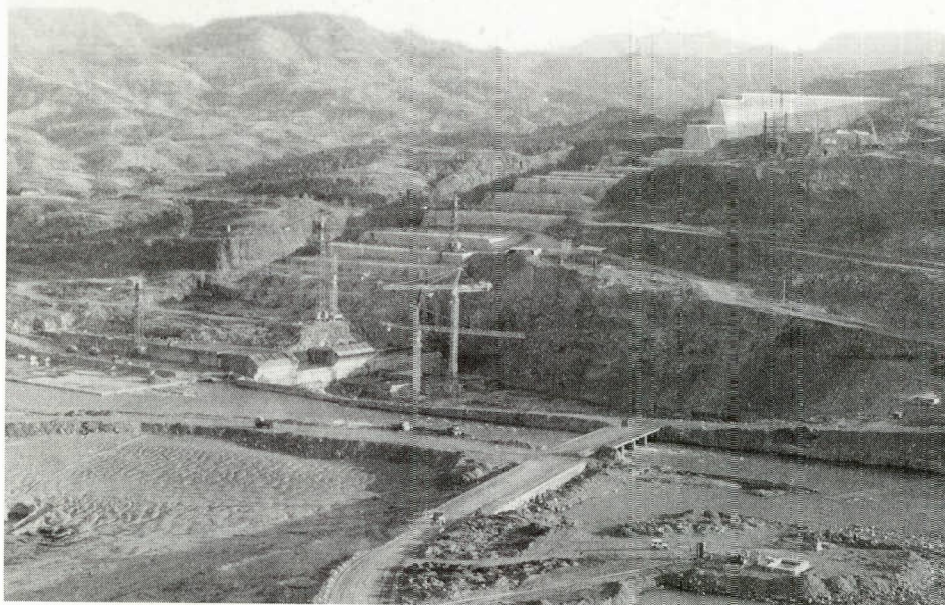
Was Katore aber von den meisten indischen Dörfern unterscheidet, ist seine egalitäre Gemeinschaft. Keine Elendshütten, keine Kastenschranken, kein Großgrundbesitz. Hier gehört das Land denen, die es bearbeiten. Elektromotoren pumpen Wasser aus dem Narmada-Fluß auf die Felder und verhelfen den Bauern zu bescheidenem Wohlstand.

Fast könnte man diesen Ort im zentralindischen Unionsstaat Madhya Pradesh eine ländliche Idylle nennen, hingen da nicht schwarze Fahnen vor jedem Hauseingang. Der 150 km flußabwärts im Nachbarstaat Gujarat entstehende Sardar Sarovar-Staudamm stellt für die einhundert Großfamilien von Katore schon heute eine Bedrohung ihrer Existenz dar. Warum denn noch neue Brunnen bohren oder Wege anlegen, wenn bald das ganze Land vom Stausee verschluckt wird? Wie kann man sich in einer unbekanntenen Umgebung unter fremden Menschen überhaupt zurechtfinden und wird es dort auch genug zu essen geben? Die Versprechen der Staudammgesellschaft haben sich als trügerisch erwiesen. Chaudia Banga, der Dorfvorsteher:

„Vor drei Jahren besuchte uns einmal ein hoher Beamter. Er wollte uns überzeugen, wegen dieses Staudammes doch woanders hinzuziehen. Wir besichtigten das Land, das er uns als Entschädigung anbot. Das war der blanke Hohn



Stammesangehörige bilden eine Menschenkette über den Fluß Narmada.



Die riesige Baustelle des Staudammes.

Fotos: Rainer Hörig

– alles versalzen, nicht einmal Gras wächst dort. Kein vernünftiger Bauer würde da tauschen wollen.“

Die Leute von Katore rechnen sich zum Stammesvolk der Bhil, den Nachfahren der Ureinwohner Westindiens. Sie leben in erster Linie vom Ackerbau, ergänzen ihre Kost aber durch Fischfang und Jagd sowie das Sammeln von Kräutern und Früchten im Wald. Die Bhil verehren Mutter Erde und die Geister des Waldes, die in alten Bäumen und auf den Gipfeln der Berge wohnen.

Die Landschaft am Narmada-Fluß hat die Lebensform der Bhil entscheidend geprägt. Eine Umsiedlung würde Dorfgemeinschaften auseinanderreißen und die Menschen von ihren kulturellen Wurzeln abnabeln. Lieber möchten sie gemeinsam mit ihrem Land und dem Vieh untergehen, als sich in der Fremde einer ungewissen Zukunft auszuliefern, beteuern die Leute von Katore.

Die Bewegung zur Rettung der Narmada

Das Staudammprojekt an der Narmada ist ins Zentrum der umweltpolitischen Diskussion in Indien gerückt, in der auch immer soziale Fragen mitschwingen. Prominente Persönlichkeiten aus Politik und Kultur erklärten sich solidarisch mit dem Kampf der Landbewohner und intervenierten in vielen Fällen erfolgreich gegen die Verhaftung von Demonstranten. Mehr als 50 Bürgerinitiativen aus ganz Indien sind in der „Bewegung zur Rettung der Narmada“ zusammengeschlossen. An ihrer Spitze stehen die Sozialwissenschaftlerin Medha Patkar (39), die 1986 die erste Widerstandsgruppe organisierte und der 80jährige Gandhi-Anhänger Baba Am-

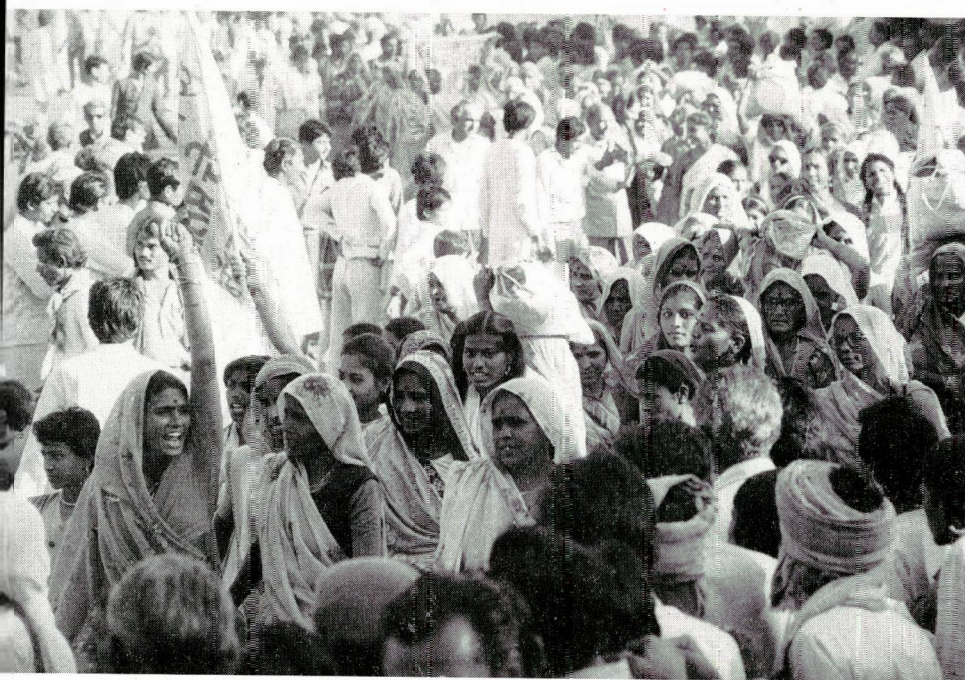
te, der für seine lebenslange Arbeit mit Leprakranken mehrere internationale Auszeichnungen erhielt. Die Bewegung ist bewußt nicht in festen Strukturen organisiert, sie beruht auf der freiwilligen Zusammenarbeit sowie der Autorität und dem persönlichen Einsatz ihrer wenigen Funktionsträger. An verschiedenen Orten im Narmadatal, auch in den Großstädten Bombay und Delhi unterhält die Organisation kleine Büros, in denen engagierte Jugendliche aus der städtischen Mittelschicht den Aktivisten unter die Arme greifen. Die Atmosphäre bei ihren Arbeitstreffen und Diskussionen erinnert an die Polit-Sitzungen der europäischen Studenten von 1968. Der Enthusiasmus der jungen Inderinnen und Inder wirkt ansteckend. Hin und wieder wird auch Unbehagen über fehlende Koordination und die einsame Entscheidungsfindung der führenden Persönlichkeiten laut. Ein Tatbestand, der auf viele Nicht-Regierungsorganisationen in Indien zutrifft, und nicht nur dort.

Menschenverachtende Großtechnik

Dort, wo die Narmada aus den Bergen in die Küstenebene austritt, etwa 100 km vor der Mündung ins Arabische Meer, bebt die Erde. Die Luft hallt wider vom Lärm schwerer Baumaschinen, die sich in die steilen Hänge fressen. Hier werden buchstäblich Berge versetzt. Im großen Bogen spannt sich das Fundament der Stauwand über das Tal. Der Sardar Sarovar-Damm soll eine Länge von 1,2 km erreichen und mit 163 m höher als der Kölner Dom werden. Wenn die Schotten wie geplant 1998 schließen, wird das Tal auf eine Länge von 200 km überflutet werden. So groß wie das Bundesland Bremen wird die Fläche sein, die im Stausee un-



Ein Protestzug überquert die Narmada.



Eine Gruppe von Bauerfrauen erhebt ihre Stimme gegen das Sardar-Sarovar-Projekt.

tergeht. Dieser Damm stellt aber nur die erste Stufe eines monströsen Wasserbauprojektes im Narmadatal dar, das den Bau von 30 Großstaudämmen, 135 mittleren und 3000 kleineren Wehren in den nächsten 50 Jahren vorsieht. Dieses vielleicht ehrgeizigste Bewässerungsprojekt aller Zeiten wird teilweise von der Weltbank finanziert.

Gewaltfreie Aktionen

Die „Bewegung zur Rettung der Narmada“ lehnt die Großstaudämme ab, weil sie mehr Schaden anrichten, als Nutzen bringen. Die Erfahrungen aus dem Bau von 1500 Großstaudämmen in Indien zeigten, daß sich die Lebensumstände der betroffenen Bevölkerung nach der Umsiedlung drastisch verschlechtert hätten. Großprojekte trieben Indien in die Schuldenfalle. Das Sardar-Sarovarprojekt sei finanziell unrentabel, wenn man die Kosten der Umweltzerstörung und die für die Umsiedlungsprogramme realistisch veranschlage. Um das Schlimmste zu verhindern, solle der Bau zunächst gestoppt und gründliche Untersuchun-

gen über die Umweltauswirkungen des Dammes und mögliche Alternativen angestrengt werden. Die Informationspolitik der Behörden diskriminiere die Landbevölkerung, von denen große Opfer verlangt werden. Medha Patkar: „Die Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, die Planungsunterlagen einzusehen und sich selbst ein Bild von Kosten und Nutzen des Projektes zu machen. Wir fordern ein Mitspracherecht auf allen Ebenen, vom Dorfrat bis zur Zentralregierung. Nur so kann unter den gegebenen Umständen eine einigermaßen gerechte Entschädigung der Umsiedler gewährleistet werden.“

In der Narmada-Bewegung arbeiten Sozialwissenschaftler, Rechtsanwälte, Künstler und Journalisten mit den betroffenen Landbewohnern zusammen. Sie alle halten sich strikt an die Formen des gewaltfreien Widerstandes, die der Landesvater Mahatma Gandhi gegen die britische Kolonialmacht erfolgreich einsetzte.

Einige Beispiele:

– Am 28. September 1989 treffen 50000 Adivasi und andere Kleinbauern in der Stadt Har-

sud im Unionsstaat Madhya Pradesh zur ersten Massendemonstration gegen das Narmada-Projekt zusammen. Beim nächtlichen Fackelzug verlassen die Stadtbewohner ihre Häuser und stimmen in die Sprechchöre der Demonstranten ein.

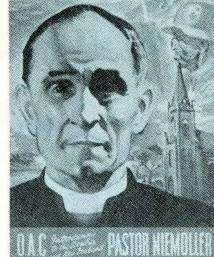
– Am 6. März 1990 besetzen mehr als 10000 Bauern eine Brücke über den Narmada-Fluß nahe der Stadt Kalghat und legen für 24 Stunden den Verkehr auf der Fernstraße von Bombay nach Agra lahm. Kurz zuvor hat der landesweit geachtete Sozialreformer Baba Amte sein Lepra-Projekt in Zentralindien der Obhut seiner Söhne überlassen und sich in einer einsamen Hütte am Narmada-Ufer einquartiert. Er wolle dort auf den Tod warten, erklärt der alte Mann, und selbst wenn sein Haus vom Stausee überflutet werde, wolle er nicht weichen.

– Im Januar 1991 gibt Medha Patkar vor der Presse bekannt, daß sich zahlreiche Dörfer im Narmadatal zur Nicht-Zusammenarbeit mit den Behörden entschlossen haben. Beamten der Staudammgesellschaft werde in Zukunft der Zugang zu den Dörfern verwehrt. Straßenbau und Brückenkonstruktion, die im Zusammenhang mit dem Staudammprojekt stehen, werden mit sit-ins verhindert werden.

– Während der letzten Regenzeit im Juli 1991 dringen einige hundert Bhil-Stammesangehörige trotz massiver Polizeisperrn ins Dorf Manibelli nahe der Dammbaustelle vor. Da der Betonwall im Flußbett schon eine Höhe von 20 m erreicht hat, muß im Falle starker Regenfälle mit einer Springflut durch Rückstau gerechnet werden. Die Dorfbewohner campieren am Flußufer und sind bereit, in den Fluten ihr Leben zu geben. Die Staatsmacht bietet starke Polizeikräfte auf, um das Opfer zu verhindern. Polizisten verprügeln Frauen und Männer, verwüsten Felder und Gebäude. Aber die Demonstranten bleiben standhaft. Die Springflut bleibt aus.

In der Bundesrepublik fanden sich Umweltschutzorganisationen und Süd-Initiativen zur Aktion „Rettet die Narmada“ zusammen. Mit öffentlichen Aufrufen und durch Lobby-Arbeit übt sie Druck auf Bundesregierung und Weltbank aus, die Unterstützung für das Narmada-Projekt einzustellen.

Kontaktadresse:
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
Indienreferat
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
Tel. 030/251 0265



Martin Niemöller, Protestant

Am 14. Januar 1992 wäre Martin Niemöller 100 Jahre alt geworden – Anlaß für wub, an ihn zu erinnern.

Von Hans Michael Germer, Darmstadt

Ein kurzer Abriss seines Lebensweges macht schon deutlich, daß hier ein Mensch vielerlei Wandlungen in seinem Leben erfahren hat:

- Geboren am 14.1.1892 in Lippstadt/Westfalen
- 1910 Seekadett der Kaiserlichen Marine
- 1918 Kommandant des U-Bootes UC 67. Niemöller gilt bei den Engländern als „der Schrecken von Malta“.
- 1919-1924 Theologiestudium
- 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem
- 1934 widerspricht Niemöller während einer Audienz bei Adolf Hitler dem „Führer“, erhält daraufhin Predigtverbot, über das er sich hinwegsetzt.
- 1937 Haft in Moabit
- 1938 Prozeß, der mit seiner Freilassung endet. Hitler erklärt daraufhin Niemöller zu seinem „persönlichen Gefangenen“. Er wird ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt, erblindet fast wegen Unterernährung.
- 1941 Überführung in das KZ Dachau
- 1945 Abtransport durch die SS zur angeordneten Ermordung in Tirol, Befreiung durch deutsches Militär, später durch US-Truppen. Erzwingen der Freilassung durch einen Hungerstreik.
Die Konferenz Evangelischer Kirchenführer beruft ihn zum Präsidenten des kirchlichen Außenamtes.
- 19. Oktober: Stuttgarter Schulderklärung (wesentlich von Niemöller mitformuliert)
- 1947 Berufung zum ersten Präsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- 1948 1. Vollversammlung des Weltkirchenrates in Amsterdam: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.“
- 1950 Offene Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Adenauer über die Wiederbewaffnung.
- 1954 Präsident der deutschen Friedensgesellschaft (gegründet 1892!). Entscheidendes Gespräch mit Otto Hahn und weiteren Atomwissenschaftlern über die Auswirkungen der Wasserstoffbombe.
- 1961 Niemöller wird zu einem der 6 Präsidenten des Weltkirchenrates berufen.
- 1974 Gründung des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
- 1981 Rede für die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn
- 1984 stirbt Niemöller in Wiesbaden.

Wirklich ein bewegtes Leben. Es würde den Rahmen dieser Zeitschrift sprengen, wollte man versuchen, die Wandlung dieses Mannes vom kaisertreuen Seekadetten zum Friedensmahnern nachzuzeichnen. Das haben Biographen, Autoren und Film- und Ausstellungsmacher getan. (Siehe Hinweise im Kasten.)

Hier soll es vornehmlich um die Frage gehen, welchen Beitrag Martin Niemöller zum Anliegen der Kriegsdienstverweigerung geleistet hat.

Da war zunächst die offene Auseinandersetzung mit Adenauer über die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Jahr 1950. Niemöller forderte Adenauer auf, das deutsche

Volk über diese Frage direkt entscheiden zu lassen: „Wenn der Deutsche Bundestag über diese Frage entscheidet, so käme das einem Volksbetrug gleich, da kein deutscher Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hat, dem deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben.“ (Aus dem Brief an Adenauer vom 4.10.1950)

Die innerkirchlichen Auseinandersetzungen um sein Engagement führen zu seinem Rücktritt als Kirchenpräsident in Hessen und Nassau. Kurz darauf wird er allerdings für 8 Jahre erneut gewählt. Aufrüstung und Wiederbewaffnung werden nicht aufgehalten, aber immerhin wird durch das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Kriegsdienstverweigerung eine Möglichkeit geschaffen, dem eigenen Gewissen zu folgen.

1959 verschärft sich die Diskussion, als es um die atomare Bewaffnung der jungen Bundeswehr geht. Niemöller redet in Kassel am 25. Ja-

Nach solch deutlichen Worten konnte natürlich die innerkirchliche Polarisierung nicht ausbleiben. Den Vorwurf, er sei charakterlos, da er erst Militarist und Nationalist, jetzt aber radikaler Pazifist geworden sei, entkräftet Niemöller auf seine Weise: „... daß ich meine Überzeugung in meinem Leben geändert habe – ich glaube nicht aus Charakterlosigkeit, sondern weil ich was dazugelernt habe –, dessen schäme ich mich nicht.“

Die politische Auseinandersetzung führt dazu, daß Niemöller immer deutlicher und radikaler formuliert. Ihm geht es dabei nicht um eine Parteinahme, sondern um die Klarheit der christlichen Verkündigung, auch in politischen Fragen: Auf einer der zahlreichen Kundgebungen schließt er seine Rede: „Laßt nicht Deutschland in die Barbarei des Atomrüstens versinken; denn das bedeutet Mißbrauch der guten Gaben des Schöpfers, Verrat am Menschen, den er nach seinem Bilde schuf, und Lästerung der Güte Gottes, der unser Leben will!“ ■



Auf zahlreichen Friedensdemonstrationen, hier in Bonn, 1976, trat Pastor Niemöller als Redner gegen den atomaren Wahnsinn auf. Abbildungen aus: Karnick/Richter, „Niemöller: Was würde Jesus dazu sagen?“, s. Kasten.

nuar auf einer Versammlung der „Christen gegen den Atomtod“. Er weiß seit 1954, seit einem Gespräch mit Otto Hahn, von der alles Leben vernichtenden Kraft der Wasserstoffbombe. Mit der Erfindung solcher Massenvernichtungsmittel verbietet sich jede Verharmlosung eines Krieges als „gerecht“. Niemöller: „Und darum ist heute die Ausbildung zum Soldaten, die Ausbildung der Kommandos im Zweiten Weltkrieg, die Hohe Schule für Berufsverbrecher. Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden.“ Und zur Kriegsdienstverweigerung direkt sagt er: „Wissen wir, was wir tun? Gott gebe, daß wirs zu wissen bekommen, was wir tun sollten, solange wir den Christennamen tragen.“ ... mit unseren Kriegsdienstverweigerern, die müssen nämlich nachweisen, daß sie tatsächlich aus Gewissensgründen nun keinen Kriegsdienst leisten können oder wollen und werden. Für uns Christen gilt das im Grunde nicht, wir sollten wissen, jeder Mensch, der Gewalt anwendet, der muß sich für die Gewaltanwendung, aber nicht für die Verweigerung der Gewaltanwendung vor dem Herrn Jesus Christus als vor seinem Herrn verantworten.“ (Zitate aus der Kasseler Rede aus einer Flugschrift, Februar 1959)

Ausstellungen, Bücher, Filme

Eine Ausstellung unter dem Titel „Protestant – das Jahrhundert des Pastors Martin Niemöller“ ist vom 14.1.–8.3.1992 im Rathaus in Wiesbaden zu sehen, danach ab 1.4. in Berlin und später in Frankfurt und Bonn.

Ein Medienpaket mit einem Begleitbuch zur Ausstellung, Postern, Postkarten und zwei Videos ist erhältlich beim Evangelischen Presseverband für Hessen und Nassau e. V., Neue Schlesingerstr. 24, 6000 Frankfurt/M 1.

Das Begleitbuch zur Ausstellung gibt es dort auch separat.

Der Film „Martin Niemöller: Was würde Jesus dazu sagen?“ ist als 16mm-Kopie oder als VHS-Video bei den Evang. Medienzentralen ausleihbar.

Das gleichnamig Buch zum Film von Hannes Karnick und Wolfgang Richter ist 1986 im Röderberg-Verlag in Frankfurt erschienen.

Zur Abbildung oben: Nach Kriegsende reiste Martin Niemöller als „Botschafter der besseren Deutschen“ um die Welt, hier ein Ankündigungsplakat aus Australien.

Reservate für das Rentnerheer – unterwegs zur Generationen-Apartheid?

Reimer Gronemeyer: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten, Fischer-TB 10430, 1991.

Besprochen von Friedhelm Schneider

Wie wird es in einer Gesellschaft zugehen, in der Alte, Versorgungsempfänger und Bedürftige die Mehrheit bilden? Wie wird der berufstätige Teil der Bevölkerung darauf reagieren, daß sprunghaft steigende Sozialabgaben das erarbeitete Einkommen zu verschlingen drohen? Welche Folgen wird es haben, wenn der Zusammenhalt der Familie verloren geht – nicht zuletzt weil persönliches Anspruchsdenken und Konsumstreben immer weiter um sich greifen? Nicht erst heute deutet einiges darauf hin, daß sich Generations- und Verteilungskonflikte in unserer Gesellschaft verschärfen werden. In seinem Buch „Die Entfernung vom Wolfsrudel“ trägt der Gießener Soziologieprofessor Reimer Gronemeyer die Indizien für diese Entwicklung zusammen. Er erklärt anschaulich, was geschehen kann, wenn bei der Abwendung des „drohenden Krieges der Jungen gegen die Alten“ Menschlichkeit und Solidarität verloren gehen, wenn die Lösung der anstehenden Probleme technokratischen Sozialplanern überlassen wird:

Wir schreiben das Jahr 2030. Das Leben in der Bundesrepublik spielt sich – „generativ gemischt“ – für Junge und Alte in getrennten Bereichen ab:

„Die Welt der Jungen sind die Städte. Sie werden beherrscht von der Single-Szene, eine Elite zwischen achtzehn und fünfundvierzig, die exzessiv arbeitet und exzessiv konsumiert. Banken, High-Tech-Firmen, extravagante Boutiquen, Freizeitanlagen, die von der Sauna bis zum Kino alles umfassen, und Luxusappartements bestimmen das Bild.“

Völlig anders sieht es in den Seniorengebieten aus: In ländlicher Umgebung stehen ausgedehnte „Alten-Homelands“ den Menschen zur Verfügung, die das 55. Lebensjahr überschritten haben. Wohnanlagen speziell für Alte und riesige Pflegeheime sind, kostensparend durchgeplant, auf die Bedürfnisse von Senioren ausgerichtet – z. B. im Seniorengebiet Nordhessen: „Das Pflegeheim im nordhessischen Frankenberg ist ein Glaspalast, der 50 000 Pflegefälle aus Nordhessen beherbergt. Die Anlage ist rationalisiert, die Pflege nach modernsten Maßstäben organisiert. Das ärztliche, pflegerische und therapeutische Personal ist auf fünfhundert Personen gesenkt worden. Das Pflegeheim gleicht einer automatischen Fabrik: Fließbandpflege. Die Betten mit den Siechen werden durch Videokameras überwacht, jedes Bett ist eine kleine Pflegemaschinerie. ... Eine für Pflegeheime konstruierte Waschstraße erlaubt es, die Bettlägerigen ohne großen personellen Aufwand jeden Tag zu duschen. Eine Freiaufhängung der Patienten sorgt dafür, daß es keine der gefürchteten Wunden durch Liegen gibt. Soweit sie ansprechbar sind, genießen die Alten täglich dreißig Minuten Zuwendung durch einen Psychotherapeuten... Sterbende werden intensiver betreut... Die Fachleute für 'Orthothanasie' (richtiges Sterben)

Reimer Gronemeyer

Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten



kontrollieren und korrigieren gegebenenfalls den Sterbeablauf.“ – Das Konzept der öffentlichen Altenversorgung folgt dem Motto: „Zwang zur Selbsthilfe“. „Frühsenioren“ (55-65 Jahre) unterliegen einer Ausbildungspflicht, besonders im Fach Altenpflege; eine allgemeine Dienstpflicht für „Jungsenioren“ (65-75 J.) regelt deren Mithilfe in Altenpflege und Umweltschutz; von öffentlichen Diensten freigestellt sind schließlich die eigentlichen „Senioren“ (ab 75 J.) und „Pfleagesenioren“ (ab etwa 80 J.).

Ähnlich wie Aldous Huxleys klassische Negativ-Utopie „Schöne neue Welt“, läuft Gronemeyers Szenario einer künftigen „Alten-Apartheid“ auf eine Gesellschaft hinaus, die ihre Mitglieder umfassend versorgt, verplant und entmündigt. Die Grundlage für diesen beklemmenden Zukunftsentwurf liefern gesellschaftliche Trends der Gegenwart, z. B. die Veränderung unserer Alters- und Familienstruktur, das Problem des Pflegenotstands, der Wettlauf der Sozialkonzerne um den Seniorenmarkt... Völkerkundliche und kulturgeschichtliche Querverweise bestärken Gronemeyer in der Einsicht, daß unsere Zivilisation keinen Grund hat, sich auf ihre Entfernung vom Wolfsrudel-Verhalten etwas einzubilden:

„Die Austragung des Generationskonflikts hat sich geändert wie die Kriegführung. Da werden keine Bajonette auf dem Schlachtfeld in den Körper der Feinde gerammt, kein Greis wird mit einem Eisbärknochen erschlagen. Die Aggression maskiert sich. Die Vernichtung wird durch Knopfdruck ausgelöst.“ ... „Technokratische Kühlung im Umgang mit dem Rentnerheer steht an, administrative Härte.“

Die bei Gronemeyer beschriebene Zukunft ist möglich, aber nicht zwingend. Zwingend bleibt allerdings die Beschäftigung mit den dort aufgeworfenen Fragen, und so ist zu wünschen, daß das vorgestellte Buch bei vielen LeserInnen zum Weiterdenken anregen und produktive Unruhe verbreiten kann. ■

Kriegsdienstverweigerer im Dritten Reich

„Sonderlinge, Störer, Querulanten“

„Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich – Ausgewählte Beispiele“. Von Karsten Bredemeier, Nomos-Verlag

Besprochen von Günter Knebel

Was gehen uns heute die Kriegsdienstverweigerer (KDVer) von früher an? KDVer gelten bis heute als „Individualisten und Non-Konformisten“, besonders wenn sie gegen die Vorgaben ihres sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes ihre staatliche Anerkennung durchgesetzt haben. In unserer formierten modernen Industriegesellschaft ist das oft eine positive Umschreibung für „Störer und Querulanten“, wie sie im militarisierten Deutschland der Nazi-Zeit genannt wurden. Die gar nicht so wenigen KDVer des „Dritten Reiches“ haben ganz viel dazu beigetragen, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Bestandteil des Grund- und Menschenrechts der Gewissensfreiheit garantiert. Aber: Während den „gefallenen“ Soldaten landauf landab an Ehrendenkmälern regelmäßig gedacht wurde und wird, war und ist denjenigen, die dem Gleichschritt in den Krieg ihren persönlichen Widerstand entgegengesetzten, das Totschweigen sicher. Die Aufarbeitung dieser Ungerechtigkeit hat erst in jüngster Zeit begonnen.

Folgerichtig dauerte es nach Kriegsende über 40 Jahre bis in Deutschland einmal das akademisch-theologische Forschungsinteresse auf das Thema KDVer während der Nazi-Zeit gelenkt wurde. „Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich – Ausgewählte Beispiele“, so lautet der Titel der Doktorarbeit von Karsten Bredemeier an der Evangelischen Theologischen Fakultät der Uni Bonn, die 1991 als Buch veröffentlicht worden ist. Diese bemerkenswerte und hilfreiche Veröffentlichung soll hier kurz angezeigt werden.

Im Vorwort bilanziert der Autor, „daß der Problem-Komplex 'Gewissen' im Hinblick auf die KDVer des Dritten Reiches weder bekannt noch historisch aufgearbeitet worden war. Eine Sachlage, wie sie sich auch heute noch darbietet.“ (Seite 15) Seine Aufgabe, auf der Folie der diesbezüglichen Unrechtsprechung in Entschuldigungsfragen, Motive für KDVer als Gewissensentscheidung gegenüber der „patriotischen Vaterlandspflicht“ oder gar als „Widerstand gegen den totalitären NS-Staat“ herauszuarbeiten, wird von dem Autor anhand der erschlossenen Beispiele überzeugend erfüllt, auch wenn die prinzipiellen Schwierigkeiten, Gewissensentscheidung von außen zu beurteilen, leider nicht gebührend gewürdigt werden. Die mit der tüchtigen Arbeit geleistete Zusammenschau der z.T. neuen Fälle von KDVer im Dritten Reich ergänzt die vorhandene Literatur um mindestens einen neuen Akzent: Das Kapitel zum „Kommunikationsprozeß unter den Vorzeichen divergenter Gewissensverständnisse“ macht erschreckend bewußt, daß die von den KDVer angestrebte Kommunikation über die Motive und Ziele ihres Verhaltens nicht nur nicht gefragt war, sondern mit staatlicher Macht unterdrückt, verfolgt und schließlich – meist durch die Todesstrafe – unwiderruflich „abgebrochen“ wurde. ■

KDV-International

USA

Ein Jahr nach Beginn des Golfkriegs waren nach Angaben von internationalen Friedensorganisationen noch immer 23 KDVer/innen in US-Militärgefängnissen inhaftiert, 15 Verweigerer saßen in den Militärgefängnissen in Deutschland. Wie inzwischen bekannt wurde, ist das Strafmaß gegen die US-Verweigerin Yolonda Huet-Vaughn, die im August '91 zu einer 30monatigen Gefängnishaft verurteilt wurde (s. wub 4/91), auf nunmehr 15 Monate reduziert worden. Eric Larsen (über den wir in wub 4/91 ebenfalls berichteten) wurde am 19. November zu sechs Monaten Militärgefängnis und unehrenhafter Entlassung verurteilt. Eine allgemeine Amnestie für alle Golfkriegsverweigerer hat inzwischen auch eine in den USA gegründete Kampagne gefordert.

Rußland

Wie wub im Dezember '91 in einem Gespräch mit dem russischen KDVer Alexander Pronozin erfuhr, erarbeitet unter seiner Mitwirkung eine 7köpfige Arbeitsgruppe im Auftrag des Parlaments der russischen Föderation gegenwärtig einen Vorschlag für ein KDV-Gesetz. Nach dieser Vorlage soll es in Rußland für alle Wehrpflichtigen das Recht auf KDV und einen „Alternativdienst“ geben, der zweieinhalb Jahre dauern (Armeedienst: 2 Jahre) und dem Ministerium für Arbeit unterstellt sein soll. Für die Entscheidung über die KDV-Anträge sollen gewählte Kommissionen zuständig sein. Anders als im deutschen Prüfungsverfahren werde die Beweislast allerdings bei der Kommission liegen, d. h. nicht der Antragsteller muß beweisen, daß bei ihm Gewissensgründe vorliegen, sondern der Ausschuß muß nachweisen, daß solche Gründe nicht existieren. Wann das russische Parlament diese Gesetzesvorlage behandeln wird, ist noch unbestimmt. Wie Alexander Pronozin erklärte, ist die Zahl der KDVer in der ehemaligen UdSSR in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Das Verteidigungsministerium habe folgende Zahlen bekanntgegeben: 1988: 1 647 KDVer; 1989: 6 600; 1990:



Alexander Pronozin, KDVer aus Moskau

Foto: W. Schulz

über 90 000. Offizielle Zahlen über die KDVer, die sich noch in den Gefängnissen befinden, existieren nicht, aber im russischen Parlament sprächen Gerüchte davon, daß es etwa 2000 seien.

Kolumbien

Eine in Bogota ansässige Organisation („Collective for CO and Military Conscription“) startete eine Kampagne zur Sammlung von 800 000 Unterschriften, die notwendig sind, um eine Initiative für ein KDV-Gesetz in Kolumbien einzubringen.

Schweiz

Das Schweizer Parlament will nun offenbar doch endlich einen Zivildienst einführen. Nach dem Nationalrat stimmte im November '91 auch der Ständerat einer entsprechenden Verfassungsänderung zu. Die Einzelheiten eines entsprechenden Gesetzes sind allerdings noch weit hin umstritten. Und schließlich muß auch noch die Bevölkerung zustimmen, die schon zweimal, 1977 und 1984, die Einführung eines Zivildienstes ablehnte.

Österreich

Wie die „Stuttgarter Nachrichten“ im Dezember '91 meldeten, wird es in Österreich bald keine Gewissensprüfung für KDVer mehr geben. Das Parlament in Wien habe ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, nach dem die einfache Erklärung des Wehrpflichtigen zur Anerkennung führe.

Mehr als ein Buch! Magazin zum „Jahr mit der Bibel 1992“

Um **Leserwerbung für die Bibel** geht es in einer ökumenischen Aktion, die von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen getragen wird: Das **„Jahr mit der Bibel 1992“** will den ungelesenen Bestseller neu ins Bewußtsein rücken. Medien- und Veranstaltungsangebote sollen helfen, das 'Buch der Bücher' neu zu entdecken, und zur persönlichen Beschäftigung mit biblischen Texten einladen. Zur Unterstützung dieses Projekts ist ein **Bibel-Magazin** erschienen, das – ansprechend und locker aufgemacht – eine breite Palette anregender Beiträge enthält: Da geht es um die Lieblings-Bibelverse Prominenter (von Tennis-Profi Agassi bis Ministerpräsident Stolpe), um biblische Motive in Literatur und Rock-Musik, um biblische Redewendungen in unserer Alltagssprache, um christlich geprägte „Wende-Erfahrungen“ aus der ostdeutschen Friedensbewegung. Da gibt es einen verfilmten Gleichnis-Comic, ein Bibel-Quiz für Einsteiger und anderes mehr... Alles in allem: Ein gelungenes und empfehlenswertes Heft! Die wub-Redaktion gibt Einzel-exemplare des Bibel-Magazins gern an InteressentInnen weiter. F. S.

Einweisungsdienst im Zivildienst

„Hilfe zur Selbsthilfe“

In einer am 11.12.91 abgegebenen gemeinsamen Erklärung des Bundesministeriums für Frauen und Jugend (BMFJ) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW) zur „Auslegung der Einweisungsrichtlinien“ heißt es wörtlich: „Bei unveränderter jeweiliger **Mindestdauer des Einweisungsdienstes muß die Einweisung nicht kontinuierlich, sondern kann auch in Teilschritten erfolgen. Auch die Dauer der Summe der Teilschritte der Einweisung insgesamt muß der in § 25 b bzw. den Richtlinien nominierten Mindestdauer entsprechen. Die Zivildienstleistenden dürfen nur diejenigen Tätigkeiten ausüben, in die sie bereits**

konkret eingewiesen wurden. Der Einweisungsdienstbeauftragte kann die Einweisung delegieren, **auch auf einen geeigneten Zivildienstleistenden.**“ (Hervorhebung wub) Die Tendenz unseres Berichts in der letzten Ausgabe (wub 4/91, S. 4-6) wird somit von BMFJ und BAGFW noch einmal deutlich bestätigt.

Termine

Ost-West-Begegnung

Vom 11.-24. Juli diesen Jahres findet in CIM/Slapystausee in der Tschechoslowakei eine Begegnung nach Taizé-Art zwischen Menschen aus Ost und West statt. Der Erfahrungsaustausch in Glaubens- und Lebensfragen soll für die 30köpfige Gruppe genauso wichtig sein, wie gemeinsame Freizeit und Meditationspausen. Interessenten wenden sich an: Europ. Christl. Gemeinschaft – Dieter Hemminger, Friedenstr. 72, 7530 Pforzheim (072 31 / 29 91 27).

Bundesrepublik ohne Armee

Am 15. Mai, dem „Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer“ wird hierzulande ein Aktionstag für eine „Bundesrepublik ohne Armee“ (BOA) stattfinden, initiiert vom Bund für Soziale Verteidigung (BSV). Kontakt über die schöne Adresse: BSV – Friedensplatz 1 a, W-4950 Minden (0571 / 2 43 39).

Zahlen

Opfer des Golfkrieges

Laut zweier unabhängiger Studien sind 70 000 bis 90 000 irakische Bürger an den Folgen des Golfkrieges gestorben. Der Grund: Hunger und mangelnde ärztliche Versorgung. Der Krieg selbst hatte auf irakischer Seite rund 100 000 Soldaten und knapp 3000 Zivilisten das Leben gekostet.

1991: 46 Kriege

Wie die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Hamburger Universität mitteilte, tobten im vergangenen Jahr weltweit 46 Kriege. Zwei Kriege fanden in Europa statt (Nordirland, Jugoslawien), 15 in Afrika, sieben im Nahen und Mittleren Osten, 17 in Asien und fünf in Lateinamerika.

Vier Kriege hätten im vergangenen Jahr neu begonnen, acht seien dagegen beendet worden; unter ihnen die jahrelangen Bürgerkriege in Äthiopien und Angola.

re „Auszeit“ für den Vorsitzenden wert wäre: Das Handballspiel wurde in der Ablehnungsbegründung als ein „kriegerischer Akt“ dargestellt. Wer jahrelang aktiv und begeistert eine



Zeichnung: Gerhard Mester

Flüchtlinge

Weltweit waren nach Angaben der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, der Japanerin Sadako Ogata, 17 Millionen Menschen zur Jahreswende vor Hunger, Verfolgung und Krieg auf der Flucht. Weitere 15 Millionen Menschen seien innerhalb ihrer Heimatländer vertrieben worden. Unter den Flüchtlingen seien etwa 10 Millionen Kinder gewesen, von denen jedes 4. an Hunger leide und nur jedes achte jemals eine Schule besucht habe. Angesichts der verbesserten Aussichten auf Heimkehr für die Menschen aus Kambodscha, Afghanistan, Südafrika, Somalia, Vietnam, Angola und einem Dutzend weiterer Länder hat das UN-Flüchtlingskommissariat das Jahr 1992 zum „Jahr der freiwilligen Rückkehr“ erklärt.

KDV-Zahlen

Inzwischen steht das amtliche Endergebnis der KDVer-Zählung 1991 fest: Insgesamt wurden 151 212 KDV-Anträge gestellt, davon kamen 19 133 aus den neuen Bundesländern. 1990 betrug die Gesamtzahl der Anträge 74 569.

Handballspiel – „ein kriegerischer Akt“

Der Ausschuß für KDV beim KWEA Eschborn hat am 04.12.91 den KDV-Antrag eines Handballtrainers und Jugendtrainers mit einer Begründung abgelehnt, die eine länge-

der härtesten Mannschaftssportarten mit unausweichlichem Körperkontakt pflege und Kinder mit den kämpferischen Elementen der Sportart vertraut mache, der könne die Verweigerung des Dienstes mit der Waffe nicht stichhaltig begründen, so der Ausschußvorsitzende zu seiner Entscheidung. Eine „Diskriminierung des Handballsports“ nannte Darmstädts Bezirksstadtspielwart Weidmann diese Entscheidung und protestierte dagegen beim Bundesverteidigungsministerium.

Skandalöse Disziplinarmaßnahme beim Bund

Als „peinliche Erinnerung an die Kriegsgerichte der Deutschen Wehrmacht“ mit ihrer „Parallelstruktur zur zivilen Gerichtsbarkeit“ verurteilte der Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK), Pastor Wolf-Udo Smidt, das Vorgehen Minister Stoltenbergs gegen mißliebige Soldaten in der Bundeswehr. Ein Militärgericht in Koblenz hatte am 18.12.91 den Sprecher des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“, Major Helmuth Prieß, um zwei Dienstgrade vom Major zum Oberleutnant degradiert. Hintergrund dieses Urteils ist eine Presseerklärung, die der kritische und engagierte Arbeitskreis aktiver Soldaten im November 1989 veröffentlichte und in der der Satz enthalten war: „Wir halten die Aussage, alle Soldaten sind potentielle

Mörder“ inhaltlich für richtig.“ (wub berichtete über die Aktivitäten des Arbeitskreises ausführlich in 2/89)

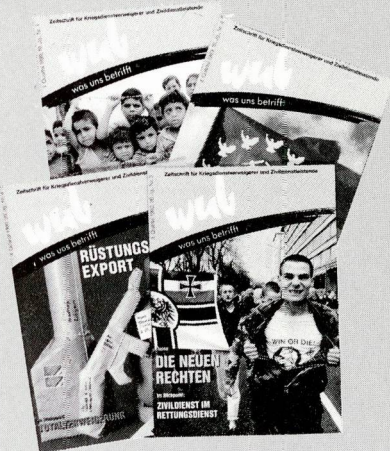
Major Helmuth Prieß hatte diese Pressemeldung zusammen mit weiteren 20 Soldaten unterzeichnet. Gegen alle 21 Unterzeichner sind inzwischen wehrdisziplinarische Verfahren eingeleitet worden, die allerdings zu erstaunlich unterschiedlichen Strafen führten (Geldbußen, Beförderungssperren...), in zwei Fällen kam es sogar zu rechtskräftigen Freisprüchen. Erstaunlich – und in der Öffentlichkeit weithin als „Skandal“ gewertet – ist außerdem die Tatsache, daß das militärgerichtliche Verfahren gegen Helmuth Prieß erst aufgrund eines persönlichen Befehls von Verteidigungsminister Stoltenberg über den Inspekteur des Heeres vom zuständigen Disziplinarvorgesetzten eingeleitet wurde, obwohl letzterer bereits mit ausführlicher Begründung gegen ein solches Verfahren entschieden hatte.

In dem gesamten Vorgehen und in der beispiellosen Härte der Bestrafung sei erkennbar, daß der AK „Darmstädter Signal“ „zerschlagen werden“ solle, so der ehemalige Bundeswehradmiral Elmar Schmähling. Breite öffentliche Kritik forderte auch die inhaltliche Begründung für das drakonische Urteil heraus. U. a. wird Major Prieß Vorstoß gegen die „Dienstpflicht zur Zurückhaltung“ und die „Dienstpflicht zur Wahrung der Kameradschaft“ vorgeworfen, sowie Kränkung der „Würde“ und „Berufsehre“ einzelner Soldaten und „Effekthascherei“. Mit derartigen Urteilen werde „der Leitgedanke des Bürgers in Uniform ausgehöhlt“, erklärte der Vorsitzende der EAK in einem Brief an Minister Stoltenberg. Und Pastor Ulrich Finckh, Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer, meint dazu: „Wer solche Urteile schweigend hinnimmt, leistet einer Entwicklung zum Militarismus und Abbau der Menschenrechte Vorschub, die an die schlimmen Traditionen des deutschen Militärs vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg anknüpft, nicht aber einer freiheitlichen Demokratie entspricht.“ Major Prieß will gegen das Urteil Berufung einlegen und notfalls bis vors Bundesverfassungsgericht ziehen. W. Sch.

Dranbleiben! Mitreden!

wub

abonnieren!



Ein Jahr
wub für DM 10.-

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten Wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10.- (4 Hefte einschließlich Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

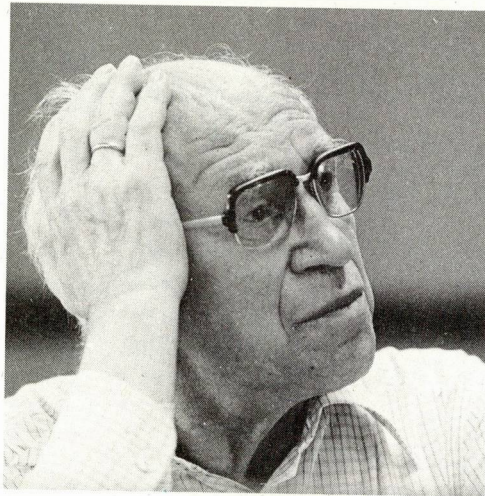
(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

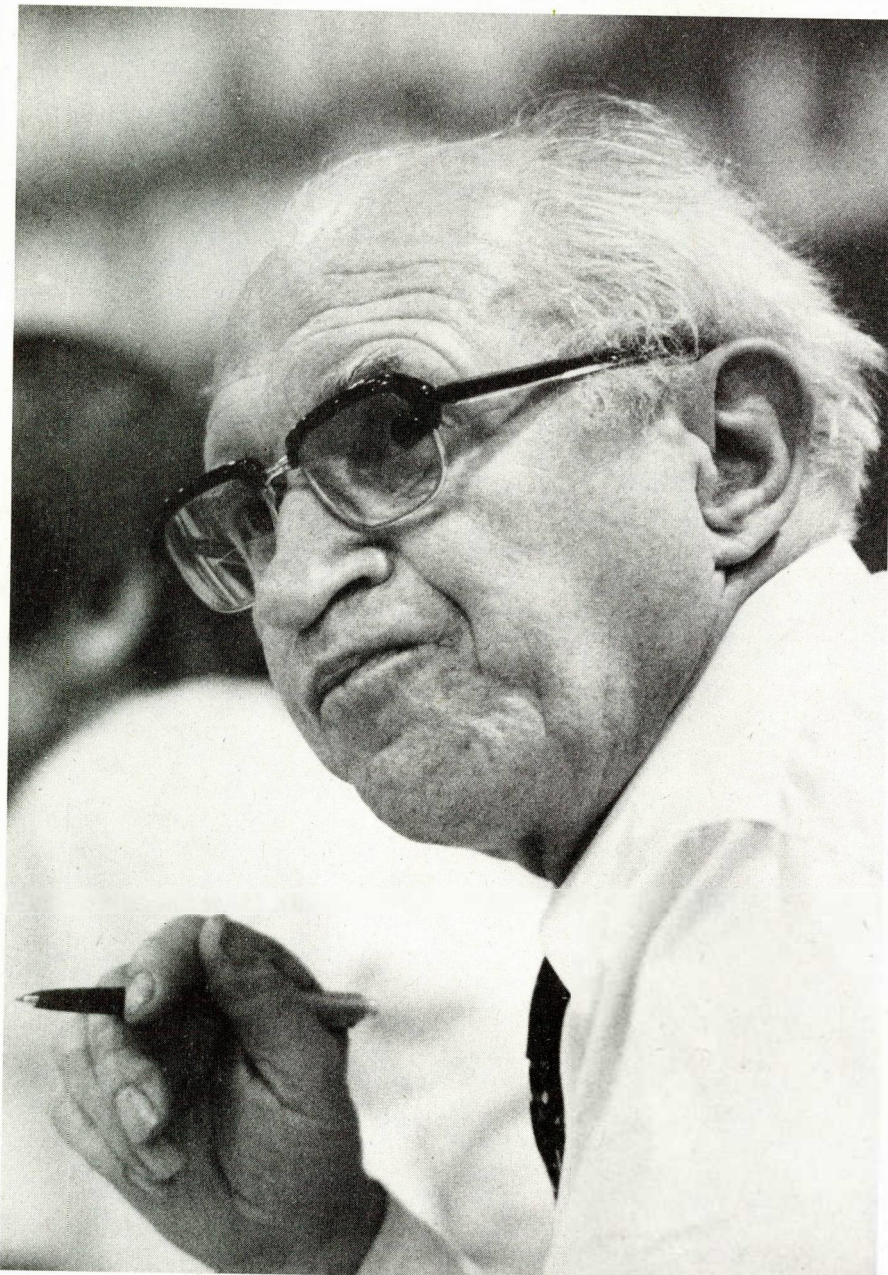
Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



„Alle Argumente, die gegen den Gebrauch militärischer Gewalt sprechen – religiöse, moralische und rationale –, werden immer wieder zu schwach sein, alle Menschen von der Beteiligung am Militärwesen abzuhalten; viele werden sich dennoch für verpflichtet halten,

DAS GANZE FEUER DER ÜBERLEGUNGEN...



dem Ruf zu den Waffen zu folgen, um ihr Land, ihre Gesellschaftsordnung usw. vor vermeintlichen oder wirklichen Bedrohungen zu schützen. In dieser Situation haben Darstellungen der nackten, alle Zwecke durchstreichenden Grauenhaftigkeit jedes Krieges und erst recht des modernen Krieges und scharfes Argumentieren gegen Rüstung und Krieg nicht den Sinn, die Soldaten schlecht zu machen, wohl aber jedes gedankenlose Mitmachen zu bekämpfen. Es muß jeder durch das ganze Feuer der Überlegungen hindurch; jede Entscheidung muß immer wieder geprüft werden, immer bereit zur Revision gegenüber neuen Einsichten und Situationen. Der blinde Befehlsempfänger – das ist einer der gefährlichsten Menschen in einer Zeit, in der die Gewaltmittel so fürchterlich gewachsen sind.“

Helmut Gollwitzer, 1969

(Aus: „Masken des Krieges – Ein Lesebuch“; Signal-Verlag, Baden-Baden, 1979)

Professor D. Dr. Helmut Gollwitzer war als Mitglied der Bekennenden Kirche seit 1938 Vertreter des in KZ-Haft sitzenden Pfarrers Martin Niemöller (s. S. 24) in der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem und später Weggefährte Niemöllers im Kampf gegen die atomare Bewaffnung. Bis 1978 lehrte er als Professor für Systematische Theologie an der FU Berlin.

Fotos: epd

wub 4/91-Thema:

„500 Jahre Eroberung Lateinamerikas“

Euer Beitrag über „500 Jahre Eroberung Lateinamerikas“ war sehr wertvoll und regte an, mal wieder über eigene Lebensinhalte und den Glauben nachzudenken. Wir haben in den 500 Jahren immer noch nicht verlernt, uns über andere Menschen und Völker zu erheben, genauso, wie den Luxus und materielle Güter zu unserem vermeintlichen Gott zu machen.

Kristin Kluge, Dresden

Gut, daß Sie die düstere Seite des Kolumbus beleuchteten. Unglaublich, daß Vatikan, Spanien usw. noch imstande sind, dieses Räuber- und Schlachtfest-Jubiläum zu feiern, statt in Sack und Asche Buße zu tun. Philip Potter als „anti-lateinischen“ Christen zu Wort kommen zu lassen, paßt sehr gut.

Gerhard Ottmar, Ditzingen

Sehr gute Artikel, aktuelle Themen. Besonders gefallen hat mir „500 Jahre ..“, nicht zu einseitig, für jeden interessant.

Oliver Schmidt, Gelnhausen

wub 4/91 – Im Blickpunkt: Einweisungsdienst

Durch die Möglichkeit, als Ex-Zivi wub zu abonnieren, verliere ich nie den Kontakt zu einer für mich sehr prägenden und ereignisreichen Zivildienstzeit. Einweisungsdienst wurde bei uns (Maria-Grünwald-Schule, Wittlich) rein formell abgehandelt: Man machte in den vier Wochen genau das gleiche wie Erzieher und wurde dann „gefragt“, ob man mit der Einweisung einverstanden sei – danach ging die Arbeit wie vorher weiter. Also: Einweisungsdienst ist gleich eine Unterschrift – und fertig...

Oliver Nehring, Wittlich

Die Artikel zum Einweisungsdienst und Zivirecht (Datenschutz) fand ich gut! Ich würde mir insgesamt mehr solcher Zivi-bezogenen Themen wünschen; andere Themen sind nämlich überall sonst auch drin, in Radio, TV, Tageszeitungen usw..

Johannes Leinert, Heidelberg

Sind Zivis Menschen „zweiter Klasse“?

Als ich das Versetzungsschreiben meiner Dienststelle vor einigen Monaten in Händen hielt, wurde mir die harte Vorgehensweise der Ev.-luth. Kirche in Westerstede noch nicht bewußt.

Mittlerweile sind die seelischen Narben zwar noch nicht vollständig wieder verheilt, aber ich habe den ersten Schock überwunden und möchte nun meine Erlebnisse schildern:

Ich war ein halbes Jahr ZDL bei der Sozialstation Westerstede-Apen. (...) Ich habe mich bewußt für den Dienst bei einer „Diakonischen Einrichtung“ entschieden, die von der Ev.-luth. Kirche verwaltet wird.

Ehrgeizig und motiviert für meine neuen Aufgaben, habe ich im Februar 1991 mei-



nen Zivildienst angetreten. Der 15monatige Dienst sollte mein Leben für die Zukunft prägen, aber was mich da erwartete, hätte ich mir nie träumen lassen. Das Bundesamt für den Zivildienst hatte mich für die Pflege eingepflichtet. In der heutigen Zeit gibt es wirklich genügend alte und kranke Menschen, denen geholfen werden muß. Und so wollte ich auch meinen Beitrag dazu leisten, damit das Leben für diese Menschen etwas „rosiger“ aussieht.

Doch irgendwie hat es die Einsatzleitung nicht verstanden, mich für die Pflege einzusetzen. Einen Einweisungsdienst, wie er normalerweise für Zivis vorgesehen ist, habe ich nicht erhalten.

Bei sieben oder acht Schwestern und einigen Familien- und Hauspflegerinnen ist eine optimale Versorgung von Personen in einem Einzugsbereich, der das Gebiet der Stadt Westerstede und der Gemeinde Apen umfaßt, nicht gewährleistet. Ich habe die Vermutung, daß mir eine Pflieger Tätigkeit nicht zugetraut wurde. Auch auf meine Anfrage hin, wurde ich nicht im MSHD (=Mobiler Sozialer Hilfsdienst) eingesetzt. Es ist mir ein Rätsel, warum die Sozialstation Westerstede-Apen den MSHD ablehnt, wo er doch bei fast jeder anderen Sozialstation im Umkreis integriert ist und dort mit Erfolg Bestand hat. Gerade alte, kranke und vor allem gehbehinderte Menschen sind auf diesen Dienst besonders angewiesen, wenn sie keine Angehörigen haben, die z. B. für sie einkaufen oder Behördengänge erledigen.

Auch wurden meine Anregungen nicht für ernst genommen. Es gab eigentlich von Anfang an Probleme mit der Dienststelle. Der Ablauf des Zivildienstes ist im Leifaden festgelegt. Er regelt die Rechte und Pflichten zwischen Zivi und der Beschäftigungsstelle.

Es stellte sich nur schnell heraus, daß meine Dienststelle die gesetzlichen Vorschriften nicht kannte bzw. nicht einhielt.

Zunächst kam es noch nicht zu einem „Eklat“, jedoch war das Dienstverhältnis mittlerweile gestört. Man schenkt mir auch weiter-

hin keine Beachtung. Nach dem Motto „Zivi arbeite, denke nicht“ habe ich meine Aufgaben gewissenhaft erledigt. Es waren vorwiegend Hausmeisterarbeiten wie Auto-/Buspflege, Gartenarbeiten und Arbeiten in der Sozialstation (z. B. Fenster putzen, Gerätedesinfektion), die ich geleistet habe. Daneben gab es wöchentlich Fahrdienste und Essen auf Rädern. Doch wenn man Woche für Woche, Tag für Tag den Hof fegt oder Busse wäscht, dann fragt man schon nach einem Sinn. Es ist mir schon klar, daß auch diese Arbeiten erledigt werden müssen, aber nicht in der Art und Weise, um die Zeit „totzuschlagen“. Und wenn man hinterher nachgesagt bekommt, man habe „schlampig“ gearbeitet, sei „kleinkariert“ und störe die „Atmosphäre der Kirche“, dann kann von „christlicher Nächstenliebe“ nicht mehr die Rede sein.

Gerade von der Kirche habe ich dies nicht erwartet. Ist man denn als Zivi ein Mensch zweiter Klasse oder setzt die Kirche tatsächlich ihre Prioritäten auf ein gehobeneres Level? Ist es denn heute nicht mehr möglich, seine Meinung öffentlich zu sagen? Oder herrscht bei der Kirche auch der Grundsatz „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“? Auf all diese Fragen habe ich bislang keine eindeutig klärenden Antworten gefunden. Deshalb soll mein Artikel Menschen Mut machen, Mißstände zu beseitigen. Mittlerweile sind uns die Mitmenschen in unserer kapitalistischen Wohlstandsgesellschaft fremd geworden und dieses sollte schnellstens behoben werden.

Uwe Siems, Ocholt

Betr. wub: Anregung/Kritik/Lob

Ein paar Beispiele aus den Kommentaren zum letzten Preisrätsel

– 20 Jahre wub? Ich habe die Metamorphose nur etwa 14 Jahre miterlebt. Heute ist praktisch nichts mehr gleich. Aber wenigstens ist die wub nicht schlechter geworden, nur anders. Wandelt weiter, handelt weiter!

Harwig Gierke, München

– Ich war erst kritisch gegenüber wub und dachte an so ein „Laberblatt“, nur für kirchliche Themen. Wie Vorurteile doch täuschen können!!! Ein herzliches Lob an die EAK, die sich an so ein Werk wagte – weiter so! Anregung nach längerer Überlegung: Vielleicht kommt eine „offene-Ohr-Ecke“ für dienstliche und private Probleme der Zivis gut an (anonym)?

Roland Volz, Darmstadt

– Vielen Dank für die „Buchtips“. Sie sind sehr gut und relativ ausführlich. wub gefällt uns sehr gut! Die Satire S. 8/9 enthielt gute Texte zu den Fotos. „Was trägt der Zivi 91/92“ – super!

Gabi Geers und Arnold Beuke, Münster

– Ihr habt interessante Beiträge. Vielleicht könnte man die Rubrik „Fundsachen“ noch ausweiten oder mal ein Poster in die Mitte des Heftes einlegen (z. B. von der Friedenstaube).

Jens-Uwe Jensen, Wetter

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfadens E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsart werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

Zivis während einer Rüstzeit in der Gedenkstätte Hadamar
Foto: Oliver Lein



BADEN

- 27.04.–30.04.1992 Ludwigshafen/Bodensee: „Streitbarer Pazifismus“
11.05.–15.05.1992 Neckarzimmern/Odenwald: „Der Vorhang zu – und alle Fragen offen“ Die Theaterbühne als Experimentierfeld
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Vorholzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 0721/168333

BAYERN

- 6.04.–10.04.1992 Kastell Windsor: „Natur erleben – natürlicher leben“
18.05.–22.05.1992 Schwarzach: „Wir und die Fremden unter uns“
18.05.–22.05.1992 Burg Rieneck: „Begegnung Soldaten – ZDL“
1.06.– 5.06.1992 Kastell Windsor: „Zivi sein – allein sein! Muß das sein?“
29.06.– 3.07.1992 Leutershausen: „Mit Lust menschlich leben – verantwortete Sexualität“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Tel. 0911/4304-238

BRAUNSCHWEIG

- 1.06.– 5.06.1992 Fahrradtour durch Baden-Württemberg
Anmeldeformulare: Zentrale Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/42539

HANNOVER

- 21.04.–25.04.1992 Spiekeroog: „Gen-Technologie“
11.05.–15.05.1992 Spiekeroog: „500 Jahre Eroberung, Unterdrückung und Widerstand in Lateinamerika“
Anmeldeformulare: Beauftragter der ev. luth. Landeskirche Hannover für KDV und ZDL im Amt für Gemeindedienst, Pastor Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/1241-468

Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer der Nazi-Zeit in Hadamar. „Mensch achte den Menschen“.
Foto: Oliver Lein



HESSEN-NASSAU

- 30.03.– 3.04.1992 Höchst/Odw.: „Vertrauensmänner-Rüstzeit“
27.04.–30.04.1992 Wiesbaden: „Vorbereitungsrüstzeit für die RZ in Spanien“
4.05.– 8.05.1992 Höchst/Odw.: „Spiel und Aggression“
11.05.–15.05.1992 Frankfurt: „Videowerkstatt Zivildienstalltag“
11.05.–15.05.1992 Mauloff: „Schritte zur Überwindung des Militärs – Das Konzept der Sozialen Verteidigung“
1.06.–14.06.1992 Rumänien: „Kinderheime und Kinderbetreuung in Rumänien“
12.06.–21.06.1992 Soto Iruz Spanien: „Insumision – Ziviler Widerstand gegen Militär“
21.08.–23.08.1992 Höchst/Odw.: „Auswertung der Spanien-Rüstzeit“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/44088 od. 44088

KURHESSEN-WALDECK

- 22.08.– 2.09.1992 „Versöhnung – Rüstzeit in Polen“ Vorbereitungsseminar: 15.–17.05.92
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Tel. 0561/62000

NORDELBIEEN

- 23.03.–27.03.1992 „Gewaltfrei leben – zivil handeln“ Bergpredigt, Politik und Dialog“
30.03.– 3.04.1992 „Ausländer raus“ – Über den destruktiven Charakter
4.05.– 8.05.1992 „Blauhelme – ist das nicht vernünftig?“
11.05.–15.05.1992 „Richtige Ernährung“ – was geht, und was nicht mehr?
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/258881 und 2508990

Pfalz

- 23.03.–27.03.1992 Anhalt (Ort noch offen): „Begegnungswerkwoche mit Zivildienstleistenden aus Anhalt (ehem. DDR)“
6.04.–10.04.1992 Bad Dürkheim: „Militarismus und Männlichkeit“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Tel. 06232/78238

RHEINLAND

- 6.04.–10.04.1992 Niederhorbach: „Meditation als Lebenshilfe“
2.05.–12.05.1992 Polen: „Versöhnung wagen“ (Sonderinformationen anfordern!)
1.06.– 5.06.1992 Sohlingen-Ohlgs: „Meditation als Lebenshilfe“
22.06.–26.06.1992 Niederhorbach: „Kooperation und Kommunikation“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa-platz 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/244696

WESTFALEN

- 30.03.– 3.04.1992 Meinerzhagen: „Musik + Theater = Musiktheater“
6.04.–10.04.1992 Hallenberg (Sauerland): „Männer“
6.04.–10.04.1992 Frille, Petershagen: „Meditation – Bewußt gewaltfrei leben lernen“
4.05.– 8.05.1992 Nordwalde: „Sozialarbeit – Soziale Arbeit?“
4.05.– 8.05.1992 Frille, Peterswalde: „Vermittlung in Konflikten“
8.05.–17.05.1992 Radfahrt entlang der deutsch-polnischen Grenze – „Grenzlanderfahrten“ (150,- DM)
1.06.– 5.06.1992 Nordwalde: „Kreativ-Sein“
1.06.– 5.06.1992 Frille, Petershagen: „Soziale Verteidigung“
22.06.–26.06.1992 Salzkotten/Paderborn: „Sport, Körpererleben und Ernährung“
22.06.–26.06.1992 Hallenberg (Sauerland): „Ökologie“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Tel. 02304/755-230

WÜRTTEMBERG

- 18.05.–23.05.1992 „Erinnerungen für heute“ – Radfahrt durch Württemberg zu Stätten nationalsozialistischen Unrechts
22.06.–24.06.1992 Freudental: „Wer oder was bin ich?“ – Zivildienstzeit zwischen Resignation und Hoffnung – verkürzte Rüstzeit
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/6368149

Opfer

Das Kruzifix an der Kapelle des Dorfes Farcasic in der Region Banija wurde im jugoslawischen Bürgerkrieg zerschossen. Vor einigen Monaten verbreitete AP dieses Foto. Vor dem Hintergrund der Zerstörung von Hunderten alter Kirchen und Kulturdenkmäler wirkt dieses Detail fast rührend. Vor allem: Gemessen an dem Grauen der Bilder von menschlichen Opfern, angesichts von blutüberströmten und mißhandelten Kriegstoten, zu deren Zeugen uns der Bildschirm macht, erscheint ein blumengeschmückter, durchlöcherter Kruzifixus mit abgerissenem rechten Arm wie harmlose Folklore.

Aber das Bild gibt zu denken. Die Wundmale, die in den Körper des Gekreuzigten eingegraben sind, verdanken sich nicht der Hand eines Künstlers. Sie stammen von Kugeln aus Gewehrläufen, die auf lebende Menschen gerichtet waren. Und auch der Gekreuzigte selbst war ja ursprünglich kein Kunstgegenstand. Der auf Golgatha hingerichtete Jesus von Nazareth war ein leibhaftiges Opfer, ein zu Tode gefolterter Mensch aus Fleisch und Blut, bevor er zum Andachtsbild stilisiert und vervielfältigt wurde. Seitdem hat das Symbol des Kreuzes im Christentum eine zwispältige, widersprüchliche Wirkung hinterlassen.

Jahrhundertlang ist Jesu Opfertod mißverstanden worden. Als sei es am Kreuz darum gegangen, einen gewalttätigen Gott in seinem Zorn zu besänftigen. Als sei es darauf angekommen, einen strafenden Übervater zu versöhnen. In Wahrheit schrieben die Menschen mit solchen Gedanken alle Wut, Aggression und Gewaltbereitschaft, die sie in sich selber trugen, einem eingebildeten Gott zu, der ein Opfer verlangt und es in seinem Sohn auch findet. Diese üble Gottesphantasie nährte Schuldgefühle und half Duckmäuser zu erziehen, sie heizte Kreuzzüge an und rechtfertigte heilige Kriege. Sie ist bis heute der geheime Antrieb zur Verewigung der Opferproduktion.

Wenn die Bibel vom Opfertod des Gekreuzigten spricht, dann will sie das Gegenteil sagen. Nicht eine göttliche, sondern menschliche Gewalt hat Jesus zu Tode gebracht. Er war der einzige Mensch, der Gottes Liebe, Barmherzigkeit und Solidarität vorbehaltlos lebte. Dadurch deckte er das ganze Ausmaß von Haß, Mißgunst und Neid in den Herzen der Menschen auf. Und zog, weil er das Innerste ans Licht brachte, alle Feindschaft und Gewalt auf sich. Die biblischen Schriften sagen: Der eine Unschuldige wurde zum Sündenbock für viele. Der Kreislauf der Gewalt besitzt jetzt keine religiöse Weihe und Rechtfertigung mehr. Nach Jesu Tod darf und soll es um Gottes willen keine Opfer mehr geben.

Es ist absurd: Wenn jemand das Bild des Gekreuzigten absichtlich zur Schießbudenfigur machte, würde man ihn wohl schnell der Gotteslästerung bezichtigen. Aber wer brandmarkt es als die wirkliche Blasphemie, daß der Blutrausch der Gewalt nach wie vor Opfer auf Opfer türmt, als wäre nichts gewesen?

Hans-Richard Reuter

Foto: AP



wub

was uns betrifft

ART

Werner Tübke

„Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze II“

Werner Tübke, seit 1972 Professor an der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst, zählt zu den profiliertesten Malern der ehemaligen DDR. Er ist ein „geschichtssüchtiger“ Maler. Seine Bilder sind oft erinnernde Geschichtsbe-wältigung. Besonders bekannt ist sein Bauernkriegspanorama in Bad Frankenhausen. Die „Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze“ hat Tübke in sieben verschiedenen Fassungen gemalt. Sie zählen zu den leidenschaftlichsten Auseinandersetzungen der sozialistischen Kunst mit Faschismus, Nationalismus und Neofaschismus. Anlaß für diesen Zyklus waren faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik Ende der 60er-Jahre und der Auschwitz-Prozeß. Tübke beschäftigt sich in diesen Bildern mit der Geschichte der korrupten und korrumpierenden Justiz der Nazi-Zeit. Mit dem weit verbreiteten Namen Schulze wollte er auf die vielen großen und kleinen Handlanger der NS-Justiz hinweisen, auf die schrecklichen Marinerichter, die bis in die letzten Stunden des Zweiten Weltkrieges Todesurteile wegen Wehrkraftzersetzung verhängten. Vorbild für seinen Dr. jur. Schulze war für ihn der „Blutrichter“ Freisler und sein Volksgerichtshof (Roland Freisler war der Präsident des Volksgerichtshofes und „Personifikation des nationalsozialistischen Justizterrors“). In Freisler-Manier wird auch mit den Menschen in Tübkes Bildern „kurzer Prozeß“ gemacht.

Das Bild „Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze II“ wirkt wie eine apokalyptische Vision. In unserem Bildausschnitt sehen wir einen gesichtslosen Reiter auf einem galoppierenden Pferd, eine Anspielung auf die vier apokalyptischen Reiter, wie wir sie aus dem Holzschnittzyklus zur Apokalypse von Albrecht Dürer kennen. Über ihm der Engel der Gerechtigkeit mit der Waage (ein Rafael-Motiv). Der Henker in SS-Uniform drückt arrogant die Schale des Todes nach unten, als wollte er sagen: Wir sind die Herren über Leben und Tod, wir selber vollziehen das „Jüngste Gericht“.

Tübke stellt in seinem Bild eine ikonografische Beziehung her zu den alten



Motiven vom Schmerzensmann, den christlichen Ecce-Homo-Darstellungen. Der Henker zu Pferd und die Gemarterten zu seinen Füßen erinnern an die Leidensstationen Christi – an Ver-spottung, Mißhandlung und Folter. Die Anspielungen auf die Passionsgeschichte werden auch durch den christusähnlich Entkleideten und den Mönch an seiner Seite deutlich. Einer der Männer stößt voller Zorn einen letzten Ruf aus – sein Gesicht erinnert an einen Apostel, so wie sie von Grünewald oder Dürer geschaffen worden sind. Die Bewacher, junge SS-Soldaten, bleiben hart und gleichgültig angesichts der Folter und des Leides, auch dies ist ein Motiv aus der Passionsgeschichte. Die Leidensstationen Christi wiederholen sich in den Leiden der unschuldigen Opfer der Nazis. Das Bild ist voller Trauer aber auch voller Solidarität mit den Gemordeten

und Niedergetretenen. Die Gefolterten, unter ihnen Gegner des Faschismus (das Gesicht des Gefangenen mit den auf den Rücken gefesselten Händen erinnert an den 1945 hingerichteten Leipziger Maler und Grafiker Alfred Frank), verkörpern für Tübke die wahren Werte von Menschlichkeit und Solidarität. „Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze II“ ist ein Bild, das gegen die „zweite Schuld“ gemalt ist, gegen das Nicht-Aufarbeiten der Geschichte und das Verweigern von „Erinnern, Trauern, Durcharbeiten“. Die Botschaft des Gemäldes: Es darf kein Vergessen geben! Wir dürfen nicht gleichgültig bleiben, wenn Unrecht geschieht.

Harald Wagner

Werner Tübke, „Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze II“, 1965; Mischtechnik, Leinwand auf Holz, 40x53 cm; Staatliche Galerie Moritzburg, Halle.